

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Croisach behördlich bestimmte Blatt

Bearbeitungspreis mit illustrierter Beilage Völk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.—Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.—Mark ohne Beitragsgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — Poststellekonto Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

Abonnementpreise: Die 10 geplatt. Kolonialzeile 35 Pf., bei Platzvorwahl 40 Pf.
Stellenangebote 10 Pf., Kolonialzeile 25 Pf., Familiennotizen von Privaten
die 10 geplatt. Kolonialzeile mit 50% Nachlass, Reklamezeile 2 Mt., Unterseite v. ausw.:
die 10 geplatt. Kolonialzeile 40 Pf., bei Platzvorwahl 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die österreichischen Wahlen.

Bedeutende Fortschritte der Sozialdemokratie.

Wien bleibt rot!

Wie uns soeben aus Wien telefonisch gemeldet wird, hatten nach dem bis mittags 12 Uhr festgestellten Ergebnis — ohne Berücksichtigung der Rektimmen — die Sozialdemokratie vier Mandate (2 in Wien, und je eins in Graz und Salzburg) gewonnen. Die Parteien der Einheitslisten haben 7 Sitze verloren.

Der Sonderkorrespondent des Soz. Pressedienst meldet:

Wien, 25. April.
Das österreichische Volk hat gesprochen. Im Augenblick, es ist 6 Uhr früh, ist das endgültige Wahlergebnis noch nicht bekannt. Sicher ist jedoch, daß die Sozialdemokratie einen triumphalen Erfolg aufzuweisen hat. Nur die Größe dieses Erfolges ist noch ungewisst. Alle Wahrscheinlichkeit nach wird sie aber einen Gewinn von 5 Mandaten im Nationalrat buchen können. In Wien allein hat sie 2 Mandate gewonnen. Die bürgerliche Mehrheit wird in jedem Falle noch schwächer als bisher sein.

Mehr als auf die Parlamentswahlen ist das allgemeine Interesse auf das Ergebnis der Wahlen zum Wiener Gemeinderat, die gleichzeitig mit den Nationalratswahlen stattfinden, gerichtet. Die Bourgeoisie hatte alle Kräfte angewandt, um das rote Wien zu besiegen. Umsonst! Auch der Zusammenschluß zu einer Einheitsliste hat nichts genützt. Sie ist erneut ebenso geschlagen worden wie bei der letzten Wahl.

Nach wie vor haben 78 Sozialdemokraten die Zweidrittelmeinholt gegenüber 42 Bürgerlichen. Die Einheitsliste hat freilich ein Mandat gewonnen. Aber dafür hat die jüdisch-nationalistische Liste ihren einzigen Sitz im Wiener Rathaus verloren. Tatsächlich ist der Erfolg der Sozialdemokratie noch viel größer, als in der Mandatszahl zum Ausdruck kommt. Durch die Einführung der Einheitsliste haben die bürgerlichen Parteien diesmal noch die großdeutschen und liberalen Stimmen erhalten, die ihnen 1923 durch die Zersplitterung verloren gingen. Wenn die Sozialdemokratie trotzdem ihren Besitzstand behauptet hat, so verdankt sie das dem Umstand, daß sie nicht weniger als 118 000 Stimmen neu gewonnen hat. Es gab 120 000 Wähler mehr als bei den letzten Wahlen, die fast alle für die Sozialdemokratie gestimmt haben. Die Kommunisten gingen dogmatisch leer aus.

Die Wahlteiligung war ungewöhnlich hoch. Sie betrug in Wien rund 95 Prozent, und in der Provinz scheint sie nur wenig niedriger zu sein. Die politische Reise besonders der Wiener Bevölkerung, die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, ist das Ergebnis der sozialdemokratischen Erziehungsarbeit, durch die die Sozialdemokratische Partei als wahre Volkspartei sich legitimiert. Diese politische Reise zeigt sich auch im Verlauf des ganzen Wahlkampfes. Durch die Hingabe ihrer Mitgliedschaft und nicht zuletzt dank ihres wohlversehenen Wahlkundschafts konnte die Sozialdemokratie den Wahlkampf mit einer noch nicht dagewesenen Intensität führen. Die sozialdemokratische Propaganda beherrschte das Straßenbild Wiens völlig. Überall hingen die Plakate, auf denen der Obrigkeit der Bourgeoisie die Errungenheiten des roten Wiens gegenübergestellt werden. Zahllose Inschriften forderten mit den Worten: "Sichert den Mieterschutz!" zur Verteidigung der größten Errungenheiten auf. Auf dem Naschmarkt hatte die Partei ein Freilichtkino eingerichtet, in dem Hunderttausenden von Zuschauern täglich die Leistungen der Gemeinde Wien in Filmen vorgespielt wurden. Der Mangel der in die Defensive gedrängten bürgerlichen Parteien trat vor allem in ihrer mageren Wahlparole "Wählt Einheitsliste!" zutage.

Am Sonnabend erreichte der Wahlkampf seinen Höhepunkt. Die sozialdemokratischen Versammlungen waren durchweg überfüllt. Es mußten zahlreiche Parallelversammlungen stattfinden, in denen die Reden der Führer durch die vom "Freien Radioklub" aufgestellten Lautsprecher weiter verbreitet wurden. In den Abendstunden veranstaltete die Partei in fast allen Stadtteilen Fackelzüge, während die Einheitsparteien sich damit begnügten, ein paar Autos durch die Straßen fahren zu lassen.

Der Wahltag selbst verlief sehr ruhig. Nennenswerte Zwischenfälle sind nirgends zu verzeichnen. Abends war ganz Wien auf den Beinen, um die Ergebnisse zu erfahren. In der sommerlich warmen Luft, die am Nachmittag durch einige kurze Regengüsse abgelöscht wurde, standen Tausende vor der Oper und auf dem Dianaplatz, wo die Sozialdemokratie die einlaufenen Resultate durch Lichtschrift bekannt gab. Angehörige der immer neuen Siegesmeldungen nahm die Begeisterung kein Ende.

Für den christlich-sozialen Ministerpräsidenten Dr. Seipel bedeutet das Ergebnis der Wahlen ein volliges Fiasko. Die von ihm geschaffene Einheitsliste hat dem Bürgertum nichts genützt, sondern geschadet. Durch sie erlitten die Christlichsozialen erhebliche

Verluste. In Wien z. B. verloren sie infolge der Seipelschen Taktik ein Mandat, obgleich insgesamt hier der bürgerliche Besitzstand ziemlich erhalten geblieben ist. Die Österreichische Sozialdemokratie aber hat allen Grund, stolz zu sein. Wien bleibt rot und ebenso entwickelt sich die Sozialdemokratie in der Provinz in organischer Folgerichtigkeit.

Nach einer weiteren Funkmeldung brachten es die Sozialdemokraten in Wien selbst auf 690 000 Stimmen. Die Christlichsozialen erhielten 417 000. In Linz (Oberösterreich) hat die Sozialdemokratie jetzt ebenfalls die Mehrheit im Gemeinderat erhalten.

Eine vorläufige Zusammenstellung.

WTB. Wien, 25. April.

Von den Nationalratswahlen sind bis auf acht Mandate aus dem Burgenland die noch ausstehen, die Ergebnisse jetzt

bekannt. Von möglichen Verschiebungen in Kärnten und Steiermark abgesehen, entfallen auf die Einheitsliste 76, auf die Sozialdemokraten 64 und den Landbund 5 Mandate. Für 12 Mandate bleiben Reststimmen übrig, von denen nach den vorläufigen Berechnungen der Einheitsliste drei, den Sozialdemokraten 2 und dem Landbund ein Mandat zugeteilt dürften. Bei sechs Reststimmenmandaten des Steiermärkischen Wahlkreisverbundes läßt sich noch kein Überblick gewinnen. — Bei den letzten Nationalratswahlen im Jahre 1923 waren auf die jetzt in der Einheitsliste vereinigten Christlich-Sozialen und Großdeutschen 82 bzw. 10, zusammen also 92 Mandate entfallen. Die Sozialdemokraten hatten bei den letzten Wahlen 68, der Landbund 5 Mandate erlangt.

Eine Zusammenstellung der Mandatsverteilung in den einzelnen Landtagen ergibt nach einer Meldung der Tel.-Union das folgende Bild:

Wien, Einheitsliste 42 (41), Sozialdemokraten 78 (78), Landbund gestrichen, Niederösterreich, Einheitsliste 38 (36), Sozialdemokraten 21 (22), Landbund 1 (2), Oberösterreich, Einheitsliste 37 (44), Sozialdemokraten 21 (22), Landbund 5 (0), Salzburg, Einheitsliste 17 (16), Sozialdemokraten 9 (10), Landbund 2 (1), Tirol: Einheitsliste 30 (32), Sozialdemokraten 10 (8), Landbund gestrichen, Vorarlberg, Einheitsliste 22 (23), Sozialdemokraten 7 (5), Landbund 1 (2), Burgenland, Einheitsliste 15 (13), Sozialdemokraten 12 (12), Landbund 5 (7).

Zreudeutsch! Allewege.

Ein Musterexemplar.

Kein Wunder, daß wir den Krieg verloren haben. Diese Bruchstücke von Offizieren, die am Sonnabendnachmittag vor dem Staatsgerichtshof keine passierten, waren keineswegs von Mannesmut gezeichnet. Nur die Angst vor einem Kommunistenputsch hat den Aufmarschplan gegen Berlin zur Folge gehabt. Ueberhaupt nur Angst, sonst nichts! Man wollte bloß die edlen Wilting- und Olympia-Leute vor Prügeln schützen, keineswegs aber der Versetzung an den Kragen gehen. Dabei waren das Herrschaften von einem "Format". Wenigstens im Schwarzweizrot Sinne. Dem Major von Stephani wird nachgesagt, daß er die sechs Vorwärts-Baramente habe erschießen lassen. Damals feinerlei Mangel an Mut. Nur jetzt, wo sie vor den Schranken des Gerichts für ihre Taten einzustehen haben, da klappen sie angstvoll zusammen wie die Federmesser.

Das Musterexemplar "deutscher Treue" aber ist der Geschichtsreferendar Ernst Friedrich aus Naumburg, der berüchtigte Kapp-Stadt an der Saale. Dieser hatte bei früheren Vernehmungen aus der Schule geplaudert und festgestellt, daß der Bund Wilting die Fortsetzung der Consul-Organisation bedeute. Dort waren die Pläne zur Ermordung Erzbergers und anderer gezeichnet worden. Sie wurde verboten, aber die dort tätige Hafenkreuzer wußten sich neue Organisationen zu schaffen. Zunächst verschiedene Zwischenstufen, so

der Neudenkische Bund, diverse Soldatenorganisationen, die zuletzt unter der Generalleitung Ehrhardts am 2. Mai 1923 in dem Wiltingbund zusammengefaßt worden sind. Dieser verfolgt dieselben Ziele wie die Organisation O. C. Schon deswegen ist das Verbot der preußischen Regierung vollauf begründet. Zuletzt aber ist die Ermordung früherer Reichsminister nicht nur eine preußische Angelegenheit, sondern eine Sache, die in das Arbeitsgebiet des Herrn v. Neudell entfällt. Duldet der Reichsinnenminister, der Schlossherr von Höhendorff, daß die Organisation fortbesteht, deren Vorgänger den Mord des früheren Reichsministers Erzberger aus dem Gewissen hat?

Diese Zusammenhänge festzustellen, war das Ziel des Vereinigung des Kappstädter Gerichtsreferendars. Also ein Jurist. Jedoch der Menschheit ganzer Jammer padt uns an, wenn man diese völkische Leuchte vor dem Richter stehen sieht. Er soll aussagen und dejschwören, daß im Wilting-Bund unbedingt Gehorham gefordert wurde, daß man eine völkische Diktatur zu erstreben suchte, und daß der Wilting-Bund die unmittelbare Fortsetzung der Ehrhardtschen Mordorganisationen von ehemals bedeute.

Wie sich dieser Unglückswurm vor Herrn Dr. Niedner krümmt. Wenn er gar keinen Rat mehr wußte, dann wandte er sich hilfesuchend an den Verteidigertisch, damit ihm dort die richtige Antwort suggeriert werden könnte. Und das nennt sich Gerichtsreferendar. Während seiner Aussagen rutschten die

Die Verteidigerbank im Wiltingprozeß

Sad, Hahn, Bloch
(Von links nach rechts)



Wikingleute auf ihren Stühlen hin und her. Der Geschäftsführer Niedig wurde besonders nervös. Er schilderte den Verteidiger fortwährend, was da zu machen sei.

Im übrigen ist dieser Mann preußischer Staatsbeamter. Es zeugt von einem geradezu unverdorrblichen Optimismus der Staatsbehörden, wenn solche Leute noch in letzter Zeit angestellt worden sind. Er kennt trotz seines Verfassungsgeldes „unbedingten Gehorsam“ nur gegenüber dem Wiking-Bund.

*
Entgegen den Angsten der Wikingleute, stellte der Junggeschäftsführer Bornemann ausdrücklich fest, daß in ihren Kreisen 1926 mit leiserer kommunistischen Putsch gerechnet wurde. Dafür sind die Jungs-Leute nur das bürgerliche Element unter den Wehrverbänden, während im Wiking und bei der Olympia der Mensch recht eigentlich erst beim Oberleutnant Niedig beginnt.

Verhandlungsbericht.

Dritter Tag (Schluß).

Herr von Sodenstern teilt noch über seine Unterredung mit Hindenburg mit, daß ihn der Präsident gebeten habe, für Ruhe in der nationalen Bewegung zu sorgen. Weiter möge Sodenstern dafür bestellt sein, daß dem Reichspräsidenten von nationalen Kreisen nicht mehr so viel Schwierigkeiten bereitet würden.

R.-A. Martin: „Bedarf Ihrer Meinung nach die Reichswehr bei Niederoberung eines Kommunistenputches überhaupt der Mithilfe der vaterländischen Verbände?“

Sodenstern: „Nein. Ich habe schon früher die Ansicht kundgegeben, daß zur Niederoberung eines Kommunistenputches die Schupo, ein Bataillon Infanterie, eine Batterie, und eine Maschinengewehrschwadron genügen!“

R.-A. Martin: „Ich weile auf den Widerspruch hin, der zwischen dieser Auffassung des Wikingbundführers und den am 11. März 1926 beprochenen „Schutzmaßnahmen“ und der erhofften Anforderung von Feuerfreiwilligen besteht.“

Sodenstern dreht sich um die Aufführung dieses bezeichnenden Widerspruchs!

Als nächster Zeuge tritt der 55 Jahre alte Verfasser des Aufmarschplanes, Oberst a. D. Hans von Knauer aus Berlin auf.

Niedner: „Wie ist es zur Aufführung des Aufmarschplanes gekommen?“

Knauer: „Da ein Kommunistenputch drohte, wurde ich durch Besprechungen der vaterländischen Verbände zur Aufführung des Planes veranlaßt.“ Knauer erzählt, daß er auf diesem Gebiete Erfahrung hat, da er 1919 von Rossle nach München gesandt worden war. Der in dem Raum besonders betonte „konzentrische Angriff aus Berlin“ sollte angeblich auch nur zur Abwehr eines Kommunistenputches dienen. (?)

Bissell: „Dachten Sie nicht auch angesichts des angeblich drohenden Kommunistenputches daran, daß die Sozialdemokratie angesichts des großen politischen Gegenseitiges zwischen SPD und KPD sich ebenfalls gegen den Putsch wenden würde, so daß er von vorherein zum Scheitern verurteilt war?“

Knauer: „Ja, ich hatte das von einer Regierungspartei nicht anders erwartet.“

Nach Abschluß der Vernehmung Knauers wird über die Verteidigung Sodensterns, Lüts, Knauers, Wikinghoff's und Riechhages verhandelt.

Ministerialrat Schönnerr widerspricht vor allem der Verteidigung Sodensterns, gegen den unter dem Namen Lüts und Geissler ein Hochverratsverfahren schwere und der als Wikingbundführer der Begünstigung hochverräterischer Handlungen im Sinne des Republikanisch-Geistigen dringend verdächtig ist. „Wir haben nicht dagegen, daß Herr von Sodenstern sich hinter die Abwehr neben Herrn Scherhardt als Vertreter des Wiking stellt!“ (Heiterkeit.)

Niedner: „Der Schluß ist nach einer kleinen Pause der Verhandlung, daß die Verteidigung der noch unvereidigten Zeugen außer Knauer vorläufig ausgelegt wird.“

Rechtsanwalt Bloch ersucht die Vertreter der preußischen Regierung, daß schon mehrfach angekündigte neue Material gegen Wiking jetzt vorgetragen damit eine Auslegung der Verhandlung vermieden werde.

Ministerialrat Schönnerr will das Material den Vertheidigern Wiking-Olympia sofort zugängig machen. — Das geschieht nach wenigen Minuten. —

Als nächster Zeuge erscheint der 51 Jahre alte Major a. D. Franz von Stephan, der Führer des Stahlhelms Groß-Berlin. Er soll sich über Abmachungen des Stahlhelms mit Herrn von Sodenstern äußern. Er erklärt, daß er als Vertreter des Stahlhelms mit dem Wikingbundführer insbesondere übereinstimme, als man jedenfalls nicht wieder in den Fehler von 1918/19 verfallen und die Stadt Berlin zu Blasphemie tragen werde, die uns hinterher zum Teufel jagen und Deutschland nach jüdisch-internationalem Muster weiterregieren.

Der nächste Zeuge, der 40 Jahre alte Stahlhelmführer des Brandenburgischen Landesverbandes Major a. D. Ernst Schmidler hat den Sitzungen der vaterländischen Verbände am 24. Februar und 11. März 1926 ebenfalls beigewohnt. Er stellt die Unterredung wie Oberst von Lüts dar.

Niedner: „Wissen Sie etwas über Waffenbesitz des Wiking und Stahlhelm?“

Schmidler: „Rein. Außer von den üblichen Klein-Kalibergewehren.“

Niedner hält dem Zeugen vor, daß die Rote Fahne einen Besuch veröffentlichte, aus dem hervorging, daß der Stahlhelm im Sinn von Waffen ist und sich militärisch betätigt. Der Zeuge will natürlich auch davon nichts wissen.

Schmidler fragt, wie denn der einzelne Stahlhelmer erkennen sollte, wenn die Wehrverbände außerhalb Berlins zusammengezogen werden.

Bloch bringt für den Zeugen ein und erklärt zweideutig: „Einen Plan zum Aussetzen braucht man nicht!“ (Also — zum endlich eingestandenermaßen — nur zum Angriff!!)

Der Zeuge Oberleutnant a. D. Friedrich Karl v. Hugo aus Berlin, 57 Jahre alt, Amtsinhaber des Nationalverbandes deutscher Offiziere, hat ebenfalls an den Besprechungen der vaterländischen Verbände teilgenommen.

Niedner: „Wie ist der politische Standpunkt Ihrer Organisation?“

Hugo: „Der Nationalverband deutscher Offiziere steht auf dem Standpunkt der Monarchie.“

Niedner: „Sie haben aber nicht etwa die Absicht, leicht die Monarchie einzuführen?“

Hugo: „Rein!“ (Lachen.)

Herr Arnold Rechberg erklärt als Zeuge, leiner politischen Organisation anzugehören. Diese Behauptung ruft Herrn Bloch auf den Plan mit dem hohen Vermögen, den Zeugen vor einem Meineid zu bewahren. Bloch fragt: „Sie gehören aber doch dem Kaliberband an?“ (Heiterkeit.)

Rechberg gibt zu, daß Riechhage ihm Mitte März Nachrungen Sodensterns mitgeteilt hatte. Sodenstern habe die Provokation eines Kommunistenputches empfohlen, damit danach die nationale Diktatur aufgerichtet werden könne. Herr Rechberg wird nach kaum 5 Minuten währender Vernehmung entlassen!

Der Zeuge Oberst v. Bode hält es für ausgeschlossen, daß Sodenstern die im Protokoll festgelegten Neuherungen getan habe.

Riechhage hält Bode vor, daß er ihm von den Neuherungen gleich nach der Sitzung erzählte und daß Bode da erklärte: „Ja, das steht Sodenstern durchaus ähnlich.“

Der 40 Jahre alte Zeuge Hauptmann a. D. und Kaufmann Wasserzapf gehört dem Olympiaverein an. Er ist der Teilnehmer jener Sitzung vom 11. März 1926, der den Aus-

Die Schreckenstat bei Guadalajara.

Die Rolle des mexikanischen Clerus.

Ausweisung des Erzbischofs von Mexiko.

Nach einer amtlichen Mitteilung der mexikanischen Regierung ist es den Truppen gelungen, einen Teil der Räuber, die den Eisenbahnzug bei Guadalajara überfallen haben, einzuholen. In einem hartnäckigen Kampf wurden dreizehn Räuber getötet; nur drei Männer konnten lebend gefangenommen werden. Die amtliche Mitteilung der Regierung bezeichnet die Räuber als „katholische Extremisten“.

Nach einer weiteren Mitteilung der mexikanischen Regierung wurde die Bande, die den Eisenbahnzug überfielen, von den katholischen Priestern Vega, Bedolla und Anguila sowie von den Beauftragten der „Liga für die Verteidigung der Religion“, dem Advoataten Loza, angeschaut. Der Überfall auf den Zug ist unter dem Ruf: „Es lebe der König Christus!“ erfolgt.

WTB, Mexiko, 21. April.

Der Erzbischof von Mexiko und zwei Erzbischöfe sowie fünf Bischöfe wurden auf Verfügung der Regierung ausgewiesen. In politischen Kreisen wird hervorgehoben, daß die Ausweisung erfolgt ist, weil der Episkopat Anstände begünstigt und damit für den Überfall auf den Eisenbahnzug verantwortlich sei, an dem Vertreter der Liga für religiöse Freiheit als Anführer beteiligt hätten.

WTB, Mexiko, 25. April.

Der Truppenkommandeur in Rio del Cuale im Staate Jalisco meldet die Erforschung eines Brückens, der der Beteiligung an der Organisierung eines Aufstandes beschuldigt wird. Weitere Priester werden verfolgt.

*

Doch die katholische Kirche bei den inneren Auseinandersetzungen in Mexiko eine aktive Partei ist, ist aus der Geschichte des letzten Jahres allbekannt. Alle Gewalt brachte sie auf, die Gelehrte der Regierung Calles, die die Interessen des großen mexikanischen Kapitalisten katholische Kirche (denn der ist sie in Mexiko) beeinträchtigte, zu töten. Im Sommer vorjahr begann der große Kampf der Kirche gegen die mexikanische Landesregierung und die Bestimmung, die den katholischen Priester auf seine katholisch-kirchliche Funktion be-

schränken. Vom Papst gesegnet, von den nordamerikanischen Olimperialisten begünstigt, entwickelte der Clerus eine großzügige Kampagne, begleitet von zahlreichen lokalen Aufständen, gegen die Regierung Calles. Die „Liga für die Verteidigung der Religion“ sorgte mit den heiligen Worten der Bibel für den Säbel der nordamerikanischen Oligarchen und die eigene Schatulle. Die Regierung Calles hat die Aufstände und den von der Liga angeordneten „Warenboott“ überdauert. Wenn sie einige römische Beamte aus den Landesgrenzen verwies, wird man ihr solche Sicherung nicht übernehmen können.

Schon als die ersten Meldungen über den Zugüberfall bei Guadalajara kamen, wurde ein Zusammenhang zwischen dieser Schreckenstat mit der Liga ange deutet. Mexiko ist ein Land, in dem ungewöhnliche Aufregung nicht selten ist, in dem es Räuber gibt, wie überall, die hier, kraft sozialer und geographischer Struktur des Landes, vielleicht zuweilen einen Beleidigungsdrang verspüren, der über den Durchschnitt um einiges hinausgeht. Daß die grauenhafte Tat, das schrecklichste Morden an wehrlosen Menschen, das je von Wahnsinnigen in diesen Zonen begangen wurde, daß solch entmischteter Wahnsinn auch auf das Konto jener klerikalen Bewegung entfällt, das wollte uns nicht wahrhaftig sein. Denn welchen Nutzen sollten Kirche und Kapital aus solch viehischer „Kathedemonstration“ ziehen? Jetzt gibt die mexikanische Regierung eine Liste von Namen der katholischen Funktionäre heraus, die an der Banditentat beteiligt gewesen sein sollen, und beschreibt die Art des von Christus, dem König, geweihten Angriffs auf den Eisenbahnzug. Wir wissen nicht, welches Zeugnis die mexikanische Regierung für ihre Mitteilung besitzt. Wir wissen auch nicht, wie die angegriffene Organisation den Vorwurf hin nimmt. Aber eins wissen wir, ob jene Liga aktiv oder sonstwie an der Blutlust beteiligt sei: daß der Clerus gegen die Regierung Calles alle Mittel in Anwendung bringt, daß er einen religiösen Fanatismus hierfür zu erzeugen sich bemüht, und somit auch die Taten zu verantworten hat, die er unmittelbar vielleicht nicht gewollt hat. Ob er die Geister rief oder die gerufenen nicht los werden konnte, das wollen wir hier nicht entscheiden. 150 Menschen muhten durch fast symbolhaft erschöpfendes Petroleum, durch Dolch und Karabiner sterben, damit Christus, der König, lebe. Der, wie man überliebert, gebot, nicht zu töten.

Von den Verteidigern der Kirche ist die Auffassung bestanden, daß würden die Hemmungen verschwunden sein, da zum Verhandlungsbruch noch der Meineid kommt.“

Niedner: „Würden Sie sich auch heute noch zum unbedingten Gehorsam verpflichtet fühlen?“

Friedrich: „Nehmen Sie sich erst nach Zweck und Ziel der beabsichtigten Aktion fragen.“

Nach Abschluß der Vernehmung dieses „staatstreuen“ Justizbeamten stellt Ministerialrat Schönnerr an den Gesellschafter des Jungdo, den Zeugen Bornemann, die Frage, ob der zu Beginn des Jahres 1926 noch im Einvernehmen mit den vaterländischen Verbänden stehende Jungdeutsche Orden einen Kommunistenputch anlässlich des Berliner Roten Frontkämpferaufmarsches erwartet habe.

Bornemann antwortet: „Keinelei!“ (Heiterkeit.) „Vor dem Marschtag haben bei uns nicht bestanden. Wie haben nicht einmal Sicherheitsmaßnahmen irgendwelche Art ergreifen!“

Diese wichtige Befreiung läßt die von Wiking vorgebrachte Auseinte eines erwarteten Kommunistenputches und angesichts des Aufmarschplanes in besonderem Lichte erscheinen!

Gegen Mittag wird in die Verleugnung der den Verein Olympia betreffenden Urkunden eingetreten.

Aus der sich anschließenden Verleugnung verschiedener dientlicher Anweisungen, Befehle, Rundschreiben und mehrerer Briefe geht hervor, daß Olympia genau so eine geheime militärisch aufgezogene Putschorganisation ist wie Wiking.

Um 1 Uhr dauert die Verhandlung fort.

Dr. Reinhold gegen Dr. Röhler.

SPD. Auf dem Parteitag der Demokraten in Hamburg nahm der chemische Reichsfinanzminister Dr. Reinhold am Sonnabend in einer grob angelegten und programmatischen Rede Gelegenheit, sich gegen die ihm besonders von deutsch-nationaler Seite und von seinem Nachfolger im Amt, Dr. Röhler, gemacht Wörter zu verteidigen. Das Schicksal der Reichsfinanzen während der Tätigkeit der Reichsregierung machte es Reinhold sehr leicht, seine Gegner abzufertigen. Er stellte in Hamburg unter dem Befall der Anwälten und wohl auch unter Zustimmung der Mehrheit des deutschen Volkes fest, daß die gegenwärtige Regierung teurer arbeiten muß, weil sie durch Interessen verbunden und gezwungen ist, nach allen Seiten ihr Geschäft zu machen.

Das Falsche der Reinholddischen Steuerpolitik liegt tatsächlich auf wesentlich anderem Gebiete als dem, von dem seine deutsch-nationalen und andern Widersacher so oft orakeln. Richtig ist, daß er mit der Thebauderungspolitik des deutsch-nationalen Bevölkerung v. Schlieben im Finanzministerium gebraucht hat. Damit hatte man sich einverstanden erklären können, wenn die Reinholddische Steuerermäßigung wirklich der Kaufkraft des Landes zugute gekommen wäre und sich in einer allgemeinen Preisentlastung ausgewirkt hätte. Dann wäre wirklich das Argument einer Wirtschaftsleistung stichhaltig gewesen, auf das sich die Reinholddische Steuerreform stützte.

Reinhold aber ist von Haus Industrieller. Er war der Exponent des deutschen Unternehmensvermögens. Deshalb ist es kein Wunder, daß sich an die Steuerentlastung keine Preisentlastung und keine Wiederherstellung der Wirtschaftsfähigkeit knüpft. In diesem Sinne ist die Reinholddische Steuerentlastung im Ausmaße von 500 Millionen Mark tatsächlich ein Geschenk an das Unternehmetum gewesen. Das ist ein Vorwurf, den Reinhold auch in Hamburg nicht entkräften konnte!

Das kommende Reichsschulgesetz.

Dem Reichstag wird bald nach seinem Wiederzusammenritt Anfang Mai das Reichsschulgesetz vorgelegt werden. Vorher werden die zuständigen Stellen des Reichsinnenministeriums noch schriftlich die Auffassung der Ländereigentümer einholen. Eine gemeinsame Konferenz der Unterrichtsverwaltungen der Länder ist nicht geplant.

Von unterrichteter Seite erfährt der Soz. Pressediener zu dem Inhalt des neuen Entwurfs, daß er entgegen dem § 148 der Reichsverfassung, der die Simultanlehre als Regelgeschule vorsieht, für alle drei Schularten (Simultan, konfessionell und weltlich) gleiche Entwicklungsmöglichkeiten schaffen will. In diesem Falle wäre das Gesetz verfassungsgesundend. Die Völkerung der Frage, was ein geordneter Schulbetrieb ist, soll den Ländereigentümern vorgezeigt werden. Endlich ist in der Konfession vorgesehen, daß in den konfessionellen Schulen der Unterricht vom Gottesdienst getrennt sein soll.

Befürworter der Simultanlehre sind der Meinung, daß die Völkerung der Frage, was ein geordneter Schulbetrieb ist, soll den Ländereigentümern vorgezeigt werden. Endlich ist in der Konfession vorgesehen, daß in den konfessionellen Schulen der Unterricht vom Gottesdienst getrennt sein soll.

A. Martin: „Das wollte ich nur von Ihnen hören.“ (Heiterkeit.)

Niedner: „Ich frage Sie noch einmal. Wie würden Sie sich im Falle eines Alarms Anfang des Jahres 1926 verhalten haben?“

Friedrich: „Tawohl. Mir ist aber ebenso bekannt, daß der Reichspräsident jederzeit in der Lage ist, den Reichstag aufzulösen.“

A. Martin: „Das wollte ich nur von Ihnen hören.“ (Heiterkeit.)

Niedner: „Ich frage Sie noch einmal. Wie würden Sie sich im Falle eines Alarms Anfang des Jahres 1926 verhalten haben?“

Friedrich: „Tawohl. Mir ist aber ebenso bekannt, daß der Reichspräsident jederzeit in der Lage ist, den Reichstag aufzulösen.“

A. Martin: „Das wollte ich nur von Ihnen hören.“ (Heiterkeit.)

Niedner: „Ich frage Sie noch einmal. Wie würden Sie sich im Falle eines Alarms Anfang des Jahres 1926 verhalten haben?“

Friedrich: „Tawohl. Mir ist aber ebenso bekannt, daß der Reichspräsident jederzeit in der Lage ist, den Reichstag aufzulösen.“

A. Martin: „Das wollte ich nur von Ihnen hören.“ (Heiterkeit.)

Niedner: „Ich frage Sie noch einmal. Wie würden Sie sich im Falle eines Alarms Anfang des Jahres 1926 verhalten haben?“

Friedrich: „Tawohl. Mir ist aber ebenso bekannt, daß der Reichspräsident jederzeit in der Lage ist, den Reichstag aufzulösen.“

A. Martin: „Das wollte ich nur von Ihnen hören.“ (Heiterkeit.)

Niedner: „Ich frage Sie noch einmal. Wie würden Sie sich im Falle eines Alarms Anfang des Jahres 1926 verhalten haben?“

Friedrich: „Tawohl. Mir ist aber ebenso bekannt, daß der Reichspräsident jederzeit in der Lage ist, den Reichstag aufzulösen.“

A. Martin: „Das wollte ich nur von Ihnen hören.“ (Heiterkeit.)

Niedner: „Ich frage Sie noch einmal. Wie würden Sie sich im Falle eines Alarms Anfang des Jahres 1926 verhalten haben?“

Friedrich: „Tawohl. Mir ist aber ebenso bekannt, daß der Reichspräsident jederzeit in der Lage ist, den Reichstag aufzulösen.“

A. Martin: „Das wollte ich nur von Ihnen hö

Tschechisch-Sozialdemokratischer Parteitag. Um die Revision des Parteiprogramms.

(Von unserem Prager Beobachter.)

Z.B. Wie bereits berichtet, fand während der Osterfeiertage in Prag nach zweijähriger Spanne der ordentliche Parteitag der Tschechischen Sozialdemokratie statt. Er sollte nach dem Beschluss des letzten Parteitages in Mähr-Ostrau die Revision des Parteiprogramms bringen. Die eingezogene Kommission beantragte jedoch, nur das Referat des Chefredakteurs des "Pravo lidu", Gen. Stivin, entgegenzunehmen und Debatte sowie Beschluss auf einen Sonderparteitag zu verschieben. Wir haben über die grundständlichen Linien des neuen Programms bereits berichtet. Die geplante Revision charakterisiert sich im Grunde als ein erheblicher Rückzug nach rechts, durch den der bisherigen Koalitionspolitik der Partei auch die theoretische Basis geben soll. Man fühlt, dass die bisherige Parteipolitik mit dem Marxismus nicht viel zu tun hatte und sucht nun nicht die Schuld bei sich selbst, sondern beim Marxismus. Zwar wird die grundständliche Bedeutung von Marxs Lehre nicht bestreiten, sie lässt jedoch nicht zu einem Dogma ausarten. Deshalb sollte man weniger das deutsche als vielmehr das englische Beispiel vom Aufbau der Partei und ihres Programms zur Grundlage nehmen, um die Plausibilität der theoretischen Aussöhnung desto besser betonen zu können.

Diesem Ziele galt letzten Endes auch die gerade von Stivin mehrfach ausgedrückte Bewunderung der Marx'schen Philosophie, obwohl Marx von sich ganz klar gelöst hatte, dass er zwar Sozialist, aber nicht Marxist sei. Man verschont sich dabei hinter dem von den Bürgerlichen vorgebrachten Einwand, dass die Gesellschaftslehre nicht stark sein könne und vermeint eben im historischen Materialismus diese Starthilfe zu erkennen. Marx selbst hat sich wiederholt gegen bürgerliche Auffassungen gewendet, die in dieser Richtung gingen, und sein lebender Marxist, der wirklich die marxistische Lehre versteht, wird an einem marxistischen Ablauf der gesellschaftlichen Entwicklung denken, noch viel weniger an einen automatischen. Dass da die Menschen schon miteinander müßen, ist klar. Doch freilich Marxs Lehre ist nicht dazu eingerichtet, nahezu um jeden Preis Regierungspolitik zu betreiben, das ist einleuchtend. Dann aber sollte die Partei es klar sagen, dass sie darin ihr Hauptziel betrachtet und nicht nach Fehlern in der marxistischen Lehre suchen. Das übrigens ein Großteil, wenn nicht die Mehrzahl der Parteimitglieder, von dieser Neuorientierung nicht erinnert ist, beweist der Verlauf des Parteitages, wo manche Redner unter demonstrativem Beifall demonstrativ mit dem Ruf geschlossen: "Es lebe der marxistische Sozialismus!" Man hat bisher den entscheidenden Schritt nicht gewagt und ihn schon zwei Jahre zurückgestellt — es wäre nur nützlich, wollte man sich die Programmrevision doch noch einmal überlegen. Der Hinweis darauf, dass trotz Anschlussgedanken das Heideberger und Linzer Programm ingrundständlich manches Überzeugende enthalten, kann für die tschechische Sozialdemokratie gar nichts beweisen — es sei denn die Erkenntnis, dass die österreichische Sozialdemokratie trotz Anschlussfreude ihre marxistische Überzeugung nicht gepflegt hat. Und dass sie politisch erheblich größere Erfolge errang als die reichsdeutsche und die tschechoslowakische Partei, spricht nicht gerade für das Verlassen der marxistischen Linie.

Aber es ist eben leider so, dass die Partei gegenwärtig einer eigenlichen Leitidee ermangelt. Ihre Oppositionstellung wirkt immer irgendwie erklumpt und stellt eigentlich ein ständiges Schieden in das Regierungslager dar. Die Partei war zu lange in der Regierungskoalition — mit Stolz vermeint es der Bericht, dass sie die einzige Partei der Internationale war, die von 1918 bis 1926 ununterbrochen mitregierte — um jetzt eine richtige Partei für die Oppositionstatistik zu haben. Sie fühlt auch den schwachen Druck von der Kommunistischen Seite, die unbeschwert von aller Verantwortung ihrer demagogischen Postille betreibt. Sie scheint sich zu sagen, dass der Kampf ehrlicher Menschen gegen die Demagogie doch vorläufig unnötig sei. Der Referent über die politische Lage, Gen. Meinherr, sprach es auch aus: dass sich gegenwärtig die Stimmenverhältnisse einigermaßen stabilisiert hätten. Das bedeutet den glatten Verzicht auf die breiten Wählermassen und ihre Überlassung an die kommunistische Demagogie. Für eine Massenpartei scheint dies keine glückliche Lösung und die Arbeitsteilung in marxistische Demagogie und übersteigerter Verantwortlichkeit, die schließlich zur Verknüpfung Regierungspolitik führt, wird auch dem Proletariat wenig helfen.

Über den Parteitag selbst ist zu berichten, dass an ihm 400 Delegierte und 418 Gäste teilnahmen. Vertreten waren die deutsche Sozialdemokratie der CSR, die tschechische Sozialdemokratie Österreichs, die Karpathorussische Sozialdemokratie, die grusinische, russische und ukrainische Sozialdemokratie, die russischen Sozialrevolutionäre sowie die Bruderparteien Lettlands und Polens. Für die Sozialistische Internationale und die SPD war Gen. Adolf Braun anwesend.

Parteivorsitzender Gen. Hampel eröffnete den Parteitag und widmete den dahingestellten Kämpfern des Sozialismus, besonders Friz Ebert, warme Worte des Gedenkens. Sodann gab er einen Rückblick über die politische Entwicklung seit dem letzten Parteitag, die leider durchweg eine reaktionäre Tendenz aufweist. Damit ist aber auch der Kampftag der Massen geworden. In England, Frankreich und Deutschland sehen wir eine Erstarkung der Arbeiterbewegung. Die Arbeiterchaft hat zu lange die Freiheit der Überzeugung genossen, als dass sie dauernd das Joch der kapitalistischen Gewalt erträgt. In der CSR finden wir die gleichen Tendenzen und die Arbeiterchaft sieht, dass sie nur durch Vereinigung ihrer Kräfte erfolgreich wirken kann. Als besondere Aufgaben des Parteitages bezeichnet er die Stellung der Partei zur deutsch-tschechischen bürgerlichen Regierung, die Beantwortung der Frage, wie die Wirtschaftsdemokratie erreicht werden solle, ebenso wie der Frage, ob nur die parlamentarische Arbeit unter den gegenwärtigen Umständen genügt sowie schließlich den Versuch der Lösung des Problems der tschechischen Vereinigung der sozialistischen Kräfte in der Republik.

Parteikreisler Gen. Stivin erstattete nach dem Begrüßungsreden der Gäste den Bericht des Sekretariates, aus dem hervorgeht, dass die Partei derzeit 114 858 Mitglieder zählt, die sich auf 302 Lokalorganisationen verteilen. Gegenüber dem letzten Parteitag bedeutet das eine Steigerung um 15 000 Mitglieder. Auf ein Parteimitglied entfallen nach dem letzten Wahlergebnissen 8 Wähler, bei den Kommunisten 9, bei den Nationaldemokraten 11, so dass die Partei die bestens organisierte ist. Sodann referierte Gen. Stivin über die Programmrevision, worauf beschlossen wurde, den Entwurf den Organisationen und der Öffentlichkeit zur Debatte zu unterbreiten und die eigentliche Parteitagsdebatte am nächsten Jubiläumsparteitag durchzuführen.

Am zweiten Kongreßtag referierte Gen. Dr. Meinherr über die politische Situation, wobei er zunächst die antisoziale und arbeiterfeindliche Tätigkeit der gegenwärtigen Regierungskoalition geheilt. Sie wird dem Staat keinen Fortschritt bringen, sondern aus ihm einen kultureindlichen und reaktionären Pöbelstaat machen. Mit der Geschäftswelt wird im Parlament die Mehrheit immer gewinnen (die tschechischen Sozialdemokraten haben diese Geschäftswelt leider mit beschlossen und mit ihr fleißig gegen die Widerstand regiert). Nach der Periode der konstitutionellen Mitarbeit am Aufbau des Staates kommt nun die Periode des Kampfes. Nach durchgeföhrter Debatte wurde ein Resolutionssatztag angenommen, in welchem der Parteileitung aufgetragen wird, zu gegebener Zeit mit den übrigen sozialistischen Parteien in Verhandlungen über eine gemeinsame parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit einzutreten.

Über die internationale Situation referierte Gen. Soukup, über die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme Gen. Hampel. Beide Referate waren scharfe Anklagen gegen das Vorgehen der kapitalistischen Realität auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete, besonderer Nachdruck wurde auch in der Debatte auf die Erziehung zum Verständnis der Wirtschaftsprobleme gelegt. Sodann referierte Gen. Hummelshans über die demnächst stattfindende 2. Arbeiterolympiade in Prag, worauf der Parteitag durch ansehende Worte des Gen. Häbermann und Tomashek nach dreitägiger Dauer geschlossen wurde.

Die Thüringische Sozialdemokratie zur Regierungsbildung.

SPD. Weimar, 25. April. (Radio.)

Am Sonnabend und Sonntag fand der stark besuchte ordentliche Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei Thüringens statt. Nach den üblichen Jahresberichten über Organisation und Parteibewegung erstaute Genosse Höhlich Bericht über die Verhandlungen für die Thüringer Kabinettbildung. Aus diesem Bericht ist für die Öffentlichkeit, die über den gelungenen Gang der Dinge bereits unterrichtet ist, aus den lokalen Tagen noch interessant, dass die Demokraten an die SPD herangetreten sind, um ihre Unterstützung entweder für ein reines Beamtenkabinett oder aber für eine vom Landbund bis zu den Demokraten zu bildende Regierung zu gewinnen. Die SPD hat die Unterstützung für beide Fälle abgelehnt und erwirkt, dass sie ihre Einstellung zu den kommenden Regierung ganz von deren Handlungen abhängig machen müsse. Auf die Frage Fröhlichs, warum die bürgerlichen Parteien in geschlossener Einheit unterhandeln hätten, haben die Demokraten erklärt, dass es ihnen nicht möglich gewesen wäre, die Anhänger der bisherigen bürgerlichen Einheitslinie in einzelne Fraktionen für die Verhandlungen zu trennen, so dass sich der jetzige Zustand herausgebildet habe. Später ist Fröhlich noch einmal an die Demokraten herangetreten, um ihre Unterstützung für ein sozialdemokratisches Minderheitskabinett oder für eine demokratisch-sozialdemokratische Regierung zu gewinnen, die ohne Verhandlungen mit den Kommunisten kandidieren sollte. Die Demokraten haben rundweg abgelehnt, sich irgendwo an einer Regierung zu beteiligen, die von den Kommunisten abhängig ist.

Nach den Darlegungen Fröhlichs, mit denen er dieses Kapitel abschloss, ist es ebenso gut wie sicher, dass sich am Sonnabend eine bürgerliche Regierung in Gestalt eines Beamtenkabinetts dem Landtag präsentiert, und von Demokraten, Landbund und Wirtschaftspartei geführt werden wird. Sollte seine Regierung zustande kommen, so wird die Sozialdemokratische Partei für die Auslösung des Landtages einstimmen. Sonst aber wird sie ihre Verhältnisse von den Taten der künftigen Regierung abhängig machen, im Landtag ebenfalls mitwirksam.

Fröhlich begründete dann im übrigen noch seinen Standpunkt, Thüringen an Preisen anzuschließen, aus wirtschaftlichen und demokratischen Gründen und mit dem Argument, dass die Thüringer, die es fertiggebracht haben, vor neun Jahren acht deutsche Kleinstaaten zu einem Mittelstaat zusammenzuschließen, die ersten sein müssten, die das Problem des Einheitsstaates praktisch zu lösen versuchen. Während der Bezirksparteitag dem Referenten in diesem Punkt nicht zu folgen vermochte, sondern für die Behandlung der Anschlussfrage eine Studienkommission einsetzte, die einem künftigen Parteitag Bericht erstatten soll, billigte der Parteitag einstimmig die Haltung der Instanzen hinsichtlich der Thüringer Regierungsbildung.

Reichsgrundgesetz für die Beamten.

SPD. Berlin, 25. April. (Radio.)

Die Reichsregierung steht, wie der Sozialdemokrat erzählte, mit der Absicht um, ein Reichsgrundgesetz für die Beamten aller öffentlichen Körperschaften zu schaffen. Nach der Reichsverfassung (Artikel 10) kann das Reich im Wege der Gesetzgebung wie für die Rechte und Pflichten der Religionengemeinden, für das Sanitätswesen, Bodenrecht usw. auch für das Recht der Beamten aller öffentlichen Körperschaften Grundlagen aufstellen. Die Vorarbeiten zu dem Reichsgrundgesetz für die Beamten sind bereits im Gange. Sodals es dem Reichstag vorgelegt ist, soll auch die Verabschiedung des Reichsbeamtengegesetzes vorgenommen werden.

Die Arbeiten an dem Entwurf des Allgemeinen Reichsbeamtengegesetzes sind in den vergangenen Monaten soweit gefördert worden, dass bereits ein Referentenentwurf vorliegt. Dieser wird in der nächsten Zeit mit den Spitzenorganisationen der Reichsbeamtenchaft durchberaten werden; im Anschluss daran sollen dann Befreiungen mit den Länderregierungen stattfinden. Man rechnet damit, dass das umfangreiche Gesetzeswerk im Herbst vor das Kabinett gebracht wird.

Das aus dem Jahre 1873 stammende bestehende Reichsbeamtengegesetz in der Fassung vom Jahre 1907 ist wiederholt geändert worden. Tief einschneidend sind die Änderungen durch das Gesetz über "Schutz der Beamten zum Schutze der Republik" aus dem Jahre 1922. Das neue Reichsbeamtengegesetz, das späterhin mit der neuen Dienstkräftordnung und dem Gesetz über Beamtervertretungen zu einem einheitlichen Gesetzeswerk vereinigt werden wird, gliedert sich in drei große Abschnitte. Der erste Teil behandelt die Entstehung des Beamtenverhältnisses, der zweite regelt die Rechte und Pflichten der Beamten und der dritte Teil beschäftigt sich mit der Beendigung des Beamtenverhältnisses (Pensionierung, Kündigung und freiwilliger Auflösung). Die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes über "Schutz der Beamten zum Schutze der Republik" werden, wie verlaufen, in das neue Reichsbeamtengegesetz übernommen. Zu diesen Bestimmungen gehört auch die, dass prominente politische Beamte jederzeit auf Wartegeld gesetzt werden können.

Die Tatsache, dass zur Zeit im Beamtenministerium des Reichs, d.h. im Reichsinnenministerium ein deutschnationaler Minister amtiert und dass unter der Führung dieses Ministers die große Beamtengegesetzgebung zum Abschluss gebracht werden soll, muss die gesamte republikanische Beamtenchaft alarmieren.

Kommunistenjagd in Württemberg.

Wie wir bereits berichtet, sind in Stuttgart die kommunistischen Redakteure Hammer und Wegeleiter Hoerl seines Verhaftes wegen in der Schule der Republik" aus dem Jahre 1922. Zu den Verhaftungen berichtet der Sozialdemokrat: "Die Urteile zu der Verhaftung Hoerles ist so ergreifend, dass man nur von einer Schikanen der Stuttgarter Polizei zu sprechen vermag. Derartige polizeiliche Schikanen können in letzter Zeit in Württemberg, insbesondere, was die Kommunisten anbelangt, wieder an der Tagesordnung zu sein, denn die behördlichen Maßnahmen gegen die kommunistische Partei in Württemberg häufen sich in den letzten Wochen wieder einmal in einer Weise, die auf eine übergröse Revolutionsgefahr der Polizei und der Gerichte schließen lässt. Es gewinnt manchmal sogar den Anschein, als wenn gewisse Amtesstellen es nicht gerne seien, wenn die kommunistische Bewegung durch die fortwährende innere Verfolgung von selbst zum Sticken kommt. Durch die Häufung der politischen Verfolgungen geben sie der Bewegung jedenfalls wieder neue Möglichkeiten, ihre innere Schwäche vor den Anhängern zu verborgen."

Nach einer Mitteilung des württembergischen Landeskriminalpolizeiamtes wurden in der Zeit vom 12. bis 15. April in Stuttgart, am 12. und 13. April in Ravensburg weitere drei Kommunisten im Auftrag der Staatsanwaltschaft Ravensburg vorläufig festgenommen und dem Amtsgericht Ravensburg zugeführt, das gegen sämtliche Beschuldigten Haftbefehle wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Sprengstoffe erlassen hat. Ein weiterer Beschuldigter wurde vom Landeskriminalpolizeiamt in Reichenbach festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt. Die Verhaftungen sollen nach dem Polizeibericht mit dem im Oktober 1923 in Marolds verübten Sprengstoffdiebstahl in Verbindung stehen. Wegen dieser Vorfälle ist bereits eine Anzahl Beteiligter vom Staatsgerichtshof zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt worden.

Am Sonnabendabend fand im Brüsseler Volkshause eine große internationale Demonstration statt gegen die Kriegsgefahr, in deren Verlauf außer belgischen Rednern der Gen. Dr. Breitscheid und der französische Gewerkschaftsführer Jouhaux sprachen. Breitscheid hielt seine Rede in städtischer Sprache. Mit großem Beifall begrüßt, sagte er, die deutsch-belgisch-französische Freundschaft sei die beste Friedensgarantie. Selbst die Deutschen nationalen mühten diese Politik mitzumachen. Das beste Mittel der Bekämpfung des deutschen Nationalismus sei die Räumung des Rheinlandes. Die deutsche Sozialdemokratie sei bereit zu einem gemeinsamen Kampf gegen Faschismus und Kriegstreiber. Zu den Ergebnissen in China und auf dem Balkan lasse er, man dürfe die Kriegsgefahren nicht leicht nehmen. Er kam dann auf die Überflugfrage zu sprechen und betonte dabei, dass Deutschland als einziges Land zur Überflug gezwungen worden sei, während nach dem Versailler Friedensvertrag sämtliche Nationen abrücken sollten.

Um Sonntag sprach Breitscheid wieder in einer großen Friedensdemonstration in Antwerpen zusammen mit dem holländischen Sozialistensührer Alvarado.

Gegen die Generale Abrüster.

SPD. Genf, 25. April.

Das Internationale Friedensbureau hat an die vorbereitende Weltkongresskommission eine Eingabe gerichtet, in der die große Enttäuschung hingewiesen wird, die die öffentliche Meinung der ganzen Welt über den Verlauf der bisherigen Überflugberatungen beschäftigt. Die Eingabe wendet sich hauptsächlich gegen die sogenannten prinzipseligen Schwierigkeiten, die in den Beratungen ersehen wurden, während die Lösung der Überflugfrage ohne weiteres vorgenommen werden möchte durch die Kontrolle des Waffenhandels, der Waffenfabrikation, sowie die Heraushebung der Angrißsphäre. Abschließend heißt es in der Eingabe: Die Geschichte wird eines Tages ein schwarzes Urteil über diejenigen fallen, die heute die Überflug verhindern. Die Eingabe ist unterschrieben von dem Präsidenten des Friedensbureaus, dem belgischen Senator Lafontaine.

Ramsay MacDonald.

SPD. London, 25. April. (Radio.)

Die Arbeiterorganisationen von Überavon haben am Sonnabend Ramsay MacDonald einstimmig zu ihrem Kandidaten für die nächsten Unterhauswahlen wiedergewählt. Sie haben ihn außerdem als Delegierten für die nächsten Parteitag der Labour Party bestimmt, womit die Gefahr, die sich aus den jüngsten Beschlüssen der unabhängigen Arbeiterpartei ergeben hätte, dass MacDonald seinen Sitzen in der Exekutive der Arbeiterpartei verlieren würde, als überwunden gelten kann. MacDonald, der zur Zeit Krank in einem Spital in Philadelphia liegt, hat an seine Wähler einen Brief geschickt, in dem er das feierliche Versprechen abgibt, dass eine kommende Arbeiterregierung es als ihre erste Pflicht betrachten wird, das Gewerkschaftsgesetz wieder einzuführen.

Während des Wochenendes haben Tausende von Protestversammlungen in allen Teilen Großbritanniens gegen das "All-Gewerkschaftsgesetz" stattgefunden. Die schwerwiegenden Rückwirkungen, die dieser Gesetzentwurf auf die innerpolitische Lage Englands ausüben wird, geht aus der Tatsache hervor, dass die Arbeiterpartei schon in der kommenden Woche offiziell der Budgetbedrohten im Unterhaus ihrer bisherigen parlamentarischen Tätigkeit verschärft werden darf und in den nächsten Wochen sämtliche parlamentarische Mittel anwenden wird, um die Gesetzgebungarbeit der konservativen Regierung auf der ganzen Linie aufzuhalten.

Mussolini, der Allgewaltige.

SPD. Genf, 25. April. (Radio.)

Aus Genf wird gemeldet, dass dort ein jetzt bekanntgewordenes Gesetz der italienischen Regierung steht, das bestimmt, dass die Kabinettsernennungen durch die Kabinettsernennungen bestimmt werden. Es handelt sich um einen Gesetzentwurf, in dem es allen Italienern untersagt ist, ohne ausdrückliche Genehmigung der italienischen Regierung irgendeine bezahlte oder unbekahlte Stellung im Dienste eines freien Macht oder einer internationalen öffentlichen Institution anzunehmen. Diese Genehmigung kann jederzeit von der italienischen Regierung zurückgezogen werden und verleiht jedem Italiener, der auf einen Widerstand nicht sofort seine Stellung aufgibt, soll mit Gefängnis und dem Verlust seiner italienischen Staatszugehörigkeit bestraft werden.

In Völkerbundskreisen betrachtet man den Gesetzentwurf als den Verlust des italienischen Diktators, internationale Beamtene des Völkerbundes unmittelbar unter einen schweren moralischen Druck der italienischen Regierung zu stellen und sie engagiert hat.

Kommunisten und Balkenkreuzler.

SPD. Essen, 25. April. (Radio.)

In Essen kam es am Sonntag anlässlich eines Gouvernementes der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei im Kaiserpalast zu einer Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Ein Redakteur des kommunistischen Ruhrecho versucht mit 30 anderen Kommunisten gewaltsam in das Versammlungslokal einzudringen, um dort eine Rede zu halten. Dieser Versuch endete mit einer großen Prügelei, in deren Verlauf 6 Nationalsozialisten und 15 Kommunisten mehr oder weniger leicht verletzt wurden. Erst als die Polizei einschritt und einige Sitzungen vor genommen hatte, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Auch am Altmüller Platz kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, als dessen Urheber die Nationalsozialisten zu betrachten sind. Hier fielen sogar mehrere Schüsse, durch die zwei unbeteiligte Personen, und zwar die eine am Oberhaupt, die andere am Knie, schwer verletzt wurden.

Verantwortlich für den radikalisierten Teil:

Georg Buchs, Leipzig.

Verantwortlich für den Zentralteil:

Hugo Seifert in Leipzig.

Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig

Spül- und Madenwürmer schädigen die Gesundheit, das wirksamste Mittel dagegen ist Wurmfeind. Allein echt König-Salomo-Apotheke. Postversand. Grimmelsche Straße 17

Diese Nummer umfasst 12 Seiten.

Schneider und Schneiderinnen



Sämtliche Zutaten für die
Maß-Schneiderei

finden Sie in guten Qualitäten
zu vorteilhaften Preisen im

Konsumentverein Leipzig-Wagn.

Wagn.-Lindenau Leipzig-Reudnitz Leipzig-Connewitz Leipzig-Gohlis
Karl-Heine-Straße 44/46 Dresdner Straße 55 Südstadt 109 Holländische Straße 171

Wareneingabe nur an Mitglieder

Baugenossenschaft
für die Eisenbahnbemänner u. Arbeiter in Wahren
(Sachsen), e. G. m. b. H., Sitz Lindenau.
Am 6. Mai, abends 8 Uhr, findet im Ratskeller
zu Lindenau die

Generalversammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Geschäftsbuch des Vorstandes.
 2. Genehmigung der Bilanz, nebst Gewinn- und Verlustrechnung und Entlastung des Vorstandes.
 3. Bewilligung des Höchstbetrages der Anleiheumme.
 4. Wahl der Satzungsgemäß auscheidenden Vorstand- und Aufsichtsratsmitglieder.
 5. Allgemeine Ausprache.
- Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung liegt vom 27. April bis 6. Mai d. J. im Geschäftszimmer der Baugenossenschaft zu Lindenau und bei Herrn Fahr, L. Gohls, Blochmannstraße 53, II, zur Einsicht aus.
- Der Vorsitzende des Aufsichtsrates,
Friedrich Müller.

Im Altendorfer
Fischereihafen

ist heute unser Dampfer „Leipzig“ zum Löschen eingelaufen — Wir veranstalten daher wieder

Ausnahme-Tage!

Zum Verkauf kommt nur aus diesen Fängen stammende beste, blutfrische Ware:

Kabeljau im Anschnitt 20 Pfund.

Seelachs im Anschnitt 20 Pfund.
Ferner: Schollen, Rotzungen, Schellfisch, Fischfilets u. fert. Karbonaden, ja Qualität, ebenfalls preiswert.

Beachten Sie stets
was wir Ihnen in Räucherwaren und Marinaden anbieten. Täglich frische Zufuhr
Unser Oelsardinen-Angebot gilt noch 3 Tage!

D. D. „Nordsee“

Fischspezialitäten in Leipzig
Reichenstraße 25 Zeitiger Str. 19
Tel. 24218 Tel. 33459
Dresdner Str. 49 Merseburger Str. 47
Tel. 24218 Tel. 45511

Bestellungen senden prompt zu!

Plötzlich und unerwartet ist am Sonnabend, dem 25. April 1927, mein geliebter Mann, unser guter treusorgender Vater, Groß- und Schwiegervater, der **Werkmeister**

Oskar Haubold

im 56. Lebensjahr aus dem Leben geschieden.
Leipzig-Connewitz, den 24. April 1927.

In tiefem Weh

Maria verw. Haubold geb. Kühn

im Namen aller Hinterbliebenen:
Die Einäscherung findet Mittwoch, den 27. April, nachmittags 1/2 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.
Blumenspenden werden dankend abgelehnt.

Plötzlich und unerwartet verließ nach langem Leiden im 57. Lebensjahr meine liebe Frau, Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Klara Quasdorf

geb. Wunschel
Leipzig-Sellerhausen, den 24. 4. 1927.

In tiefer Trauer

Robert Quasdorf nebst Tochter
Einsächerung erfolgt Mittwoch, nacht 8 Uhr,
Südfriedhof. — Blumenspenden werden dankend
abgelehnt.

Metallarbeiter- Funktionäre!

Mittwoch, den 27. April, abends 18 Uhr
im Elsium, Elisenstraße

Veranstaltung.

Tagesordnung:

Stellungnahme zur Lohnbewegung.

Zutritt nur gegen Verbandsbuch und Ausweis.

Die Ortsverwaltung.

Befreiungsnachricht.

Um 27. April 1927 wird die 3. Polizei-
wache mit der dazugehörigen voll-
zeitlichen Meldestelle aus dem Grundstück
Johanniskirche 11 nach dem Untergesch-
stock des neuerrichteten Graff-Mu-
seums am Thälmannweg verlegt.

Die Meldestelle ist für den öffentlichen
Verkehr an diesem Tage von vormittags

10 Uhr an geöffnet.

Leipzig, den 23. April 1927.

Das Polizeipräsidium.

Lest
die



Leipziger Volkszeitung



Das Organ der werk- tätigen Bevölkerung

Lampenschirm-Gestelle

30 cm Durchm. 1.00 RM.

50 cm " 1.75 RM.

60 cm " 2.20 RM.

70 cm " 2.90 RM.

Alle Formen gl. Pt. la Jap. Scheibe 4.80 RM.

Batik, Seidenstanzen. Reuanfertig. dhl.

Beiersdorf. Schuhmachergasse 1. I*

Für die uns aus Anlaß unserer
Silber-Hochzeit von Kollegen,
Kolleginnen, Freunden, Bekann-
ten, Parteigenossen und Sanges-
brüder in so überaus zahlreicher
Weise übermittelten Glückwünsche
und Geschenke sagen wir nur auf
diesem Wege unsern herzl. Dank

Leipzig-Döbeln, Burghardstraße 5

Robert Heinicke

und Frau



Blendender Glanz

funkelt und spiegelt von Tellern, Töpfen und Pfannen, blendender Glanz strahlt durch das ganze Haus, wenn Sie VIM zum Putzen und Scheuern verwenden.

Streuen Sie etwas VIM auf einen feuchten Lappen, durch müheloses leichtes Reiben erzielen Sie blendende Reinheit.

Sunlicht Mannheim.



Aufforderung zur Zeichnung auf 6% Anleihe
des Freistaates Sachsen von 1927

im Nennbetrag von Rm. 50 Millionen

auf Feingoldbasis, reichsmündelsicher.

Auslosbar ab 1930 zu pari mit 2% jährlich zuzüglich ersparter Zinsen.

Gesamt- oder Teilkündigung bis 30. September 1935 ausgeschlossen.

Der Freistaat Sachsen hat an die unterzeichneten Banken und Bankfirmen von oben genannter 6% Anleihe des Freistaates Sachsen nom. Rm. 45 Millionen auf Feingoldbasis begeben. Die für die Aufnahme der Anleihe erforderliche Genehmigung des Sächsischen Landtages ist durch Landtagsschluss vom 6 April 1927 erteilt.

Die Verzinsung erfolgt mit 6% jährlich, zahlbar in halbjährlichen Raten am 1. April und 1. Oktober eines jeden Jahres; der erste Zinsschein umfaßt den Zeitraum vom 1. April bis 30. September 1927 und ist am 1. Oktober 1927 fällig.

Die Tilgung der Anleihe erfolgt ab 1930 durch Auslösung zu pari mit 2% jährlich zuzüglich ersparter Zinsen, so daß die Tilgung in längstens 24 Jahren erfolgt ist. Tilgung durch Rückkauf ist ausgeschlossen.

Das Sächsische Finanzministerium hat auf das Recht der Gesamt- oder Teilkündigung bis 1935 verzichtet. Die Gesamt- oder Teilkündigung ist erstmalig für den 1. Oktober 1935 bei vorausgegangener halbjährlicher Kündigung zulässig.

Die Rückzahlung des Kapitals und die Einführung der Zinsscheine erfolgt bei Fälligkeit in gesetzlichen Zahlungsmitteln bei der Kasse der Staatschuldenverwaltung in Dresden und bei den unterzeichneten Bankfirmen. Für jede geschuldete Reichsmark ist der in Reichswährung ausgedrückte und amtlich bekanntgegebene Preis von 1/25 kg Feingold zu zahlen, der für den 15. des Monats vorangehenden Monats gilt. Die Umrechnung in deutsche Währung erfolgt nach dem Mittelpunkt der Berliner Börse auf Grund der letzten diesem Tage vorausgehenden amtlichen Notierung für Auszahlung London. Ergibt sich aus dieser Umrechnung für das Kilogramm Feingold ein Preis von nicht mehr als Rm. 2820.— und nicht weniger als Rm. 2760.—, so ist für jede geschuldete Reichsmark eine Reichsmark in gesetzlichen Zahlungsmitteln zu zahlen.

Die Anleihe wird an den Börsen zu Berlin, Dresden, Frankfurt a. Main, Hamburg, Leipzig, Chemnitz und Zwickau eingeliefert werden.

Die Stückelung erfolgt in Abschnitten von nom. Rm. 100, 500, 1000 und 5000. — Eintragung in das Sächsische Staatsschuldbuch ist zulässig.

Die unterzeichneten Firmen legen hiermit die vorbezeichneten Rm. 45 Millionen 6% reichsmündelsicher Sächsische Staatsanleihe von 1927

auf Feingoldbasis unter folgenden Bedingungen zur öffentlichen Zeichnung auf:

1. Zeichnungen werden von den unterzeichneten Firmen und deren sämtlichen Niederlassungen vom 19. bis 26. April d. J.

entgegengenommen. Vorzeitiger Zeichnungsschluß bleibt vorbehalten.

2. Der Zeichnungspreis beträgt 95,75 %

zuzüglich Schlusscheinstempel. Die Bezahlung hat am 5. Mai d. J. zuzüglich Stückzinsen vom 1. April 1927 abzüglich Kapitalertragssteuer zu erfolgen.

3. Die Zuteilung auf die gezeichneten Beträge bleibt dem Erlassen der Zeichnungsstellen vorbehalten. Zeichnungen mit sechsmonatiger Sperrverpflichtung werden bevorzugt berücksichtigt werden.

4. Die Zeichner erhalten zunächst Kassenquittungen, gegen deren Rückgabe die Aushändigung der endgültigen Stücke nach deren Fertigstellung erfolgt. Wünsche auf Zuteilung in bestimmten Stücken werden — soweit angängig — berücksichtigt werden.

Dresden/Berlin, im April 1927.

Chemnitz, Essen, Frankfurt, Hamburg, Köln, Leipzig, München, Oldenburg, Schwerin, Wismar.

Sächsische Staatsbank — Preußische Staatsbank (Seehandlung) — Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Abteilung Dresden — Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, Filiale Dresden — Credit- und Depositenbank für Sachsen Aktiengesellschaft — Darmstadt und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Filiale Dresden — Deutsche Bank, Filiale Dresden — Direktion der Disconto-Gesellschaft, Filiale Dresden — Dresdner Handelsbank Aktiengesellschaft — Girozentrale Sachsen, Öffentliche Bankanstalt — Kroch jr., K. G. a. A. — Sächsische Bank zu Dresden — Stadtkasse Leipzig — Gebr. Arnhold — Bayer & Helmle — Bondi & Maron — Philipp Elmeyer — S. Mattersdorf — George Meyer — Mendelssohn & Co. — Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft — Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. — Berliner Handels-Gesellschaft S. Bleichröder — Deutsche Girozentrale (Deutsche Kommunalbank) — Deutsch-Südamerikanische Bank, Aktiengesellschaft — I. Dreyfus & Co. — Hardy & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung — F. W. Krause & Co., Bankgeschäft, Kommanditgesellschaft auf Aktien — Mitteldeutsche Creditbank — Simon Hirschland — Deutsche Vereinsbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien — Lazard Speyer-Ellissen — L. Behrens & Söhne — Norddeutsche Bank in Hamburg — M. M. Warburg & Co. — A. Levy — Sal. Oppenheim Jr. & Cie. — Bayerische Hypotheken- u. Wechselbank — Bayerische Vereinsbank — Merck, Flück & Co. — Oldenburgische Landesbank — Mecklenburgische Bank — Thüringische Staatsbank

Außerordentliche Bezirkskonferenz der Soz. Arbeiter-Jugend Westsachsens.

In der Sozialistischen Arbeiter-Jugend des Bezirks Westsachsen haben seit längerer Zeit ließgängende Meinungsverschiedenheiten über die Arbeit des Gelärmverbandes Platz gegriffen und die jugendlichen Gemüter stark beeindruckt. Ist es auch zu begründen, wenn die Jugend ihre Arbeit kritisch betrachtet und um einen klaren Weg ringt, so liegt es doch im Wesen der Jugend, im Vertreter einer anderen Meinung einen unverzüglicheren Gegner zu erblicken und mit ihm jedes gemeinsame Arbeit für die Organisation abzulehnen. Natürgemäß werden Meinungen in Personen verkörpernt und der Meinungskampf tritt allzuleicht aus dem sachlichen Rahmen auf das Gebiet der persönlichen Feindschaft. Bisher war es nicht gelungen, die Auseinandersetzungen zum Abschluss zu bringen. Erst als sich der Parteivorstand der SAW genötigt sah, den bisherigen Vorstandes des SAW Westsachsen, Walter Otto, wegen seines parteiwidrigenden Verhaltens aus der SPD auszuschließen, wurde damit die Entscheidung, ob Walter Otto auch weiterhin den Vorstand in der SAW führen kann, brennend. Darüber musste eine außerordentliche Bezirkskonferenz, die am 23. und 24. April in Leipzig tagte, und von 150 Delegierten, 127 Bürgern, 28 Mädeln, besucht war, Klärung schaffen.

Es war gut, daß sich diese Konferenz vorerst mit wichtigen Fragen, die gegenwärtig im Vordergrund stehen, beschäftigte. Am Sonntagabend sprach der Verbandsvorstand Genosse Westphal, Berlin über Neue Gefahren — neue Rämpfe und zeigte in großen Zügen, wie es den Deutschen Nationalen im schweren Vorstoß gelungen ist, wieder in die Reichsregierung einzuziehen und die entscheidenden Stellen mit ihren Leuten zu beleben. Die Arbeiterjugend ist in die Abwehr gedrängt, konnte jedoch nicht verhindern, daß arbeiterfeindliche Gesetze zur Annahme gelangten. Der Bürgerblock unter Führung der Deutschen Nationalen hat das Arbeitszeitnotgebot geschaffen, hat das Schuh- und Schmiedegegesetz neuer Waffen gegen die Arbeiterbewegung zu schmieden. Alle drei Gesetze bedrohen stark die Interessen der arbeitenden Jugend, namentlich der proletarischen Jugendbewegung. Gegen diese Anschläge muß die Jugend in Gemeinschaft mit der Partei und den Gewerkschaften den Kampf aufnehmen. Wir übernehmen damit die Pflicht, unsere Brüder und Mädels restlos ihren freigewerkschaftlichen Organisationen zu zuführen, die älteren Mitglieder aber unter uns zu überzeugen, den politischen Kampf gegen den Bürgerblock innerhalb der Partei unserer politischen Organisation zu führen.

Die anschließende lebhafte Aussprache beschloß die Annahme der folgenden Entschließung:

Die Sozialistische Arbeiter-Jugend im Bezirk Westsachsen vertrat es als ihre wichtigste Aufgabe kommender Tage, den Kampf gegen die Anschläge der Bürgerblockregierung auf die Freiheit der arbeitenden Jugend mit aller Kraft aufzunehmen.

Die Konferenz am Sonntag begann mit einem Referat des Genossen Schröter über Untere Agitation. Von der Osterwerkearbeit ausgehend, behandelte der Redner die vielen Möglichkeiten einer systematischen, ununterbrochenen Agitation unter den nachwachsenden jungen Menschen. Das erfordert eine Einstellung der Arbeit auf die Bedürfnisse der Jungen, bis sie mit dem Gruppenleben eng verwachsen sind. Die Beziehungen zu den Eltern unserer Mitglieder sind zu festigen. Immer noch müssen wir über das oft geringe Interesse anhaltende Genossen für unsre Bewegung klagen. Hier endlich eine befriedigende Lösung zu finden, läßt die Aufgabe, zum andern aber müssen wir feste Verbindungen mit der Partei am Ort suchen. In der Kleinarbeit können wir mit der sozialen Hilfe, die uns in vielen Fällen unter der arbeitenden Jugend möglich ist, vordringen. Viele Dinge mit einer starken Arbeiterbewegung sind noch ohne Jugendgruppen, die arbeitende Jugend ist aufgezogen von allen möglichen Vereinen, nur der sozialistische Pol fehlt. Das zeigt uns die Fülle der Aufgaben für die kommende Zeit.

Auch hieran schloß sich eine sehr lebendige Aussprache, die das mangelnde Verständnis mancher Genossen für unsere Sache und die meist ungünstigen Mittel in dieser Art zum Ausdruck brachte. Es konnte jedoch mitgeteilt werden, daß, soweit finanzielle Hilfe in Frage kommt, der Parteivorstand der Partei eine Summe für das Etatsjahr 1927 bereitgestellt hat. Mögen sich dem die Ortsvereine anschließen, vor allem aber einmal etwas verschwenderischer mit ihrer moralischen Unterstützung umgehen.

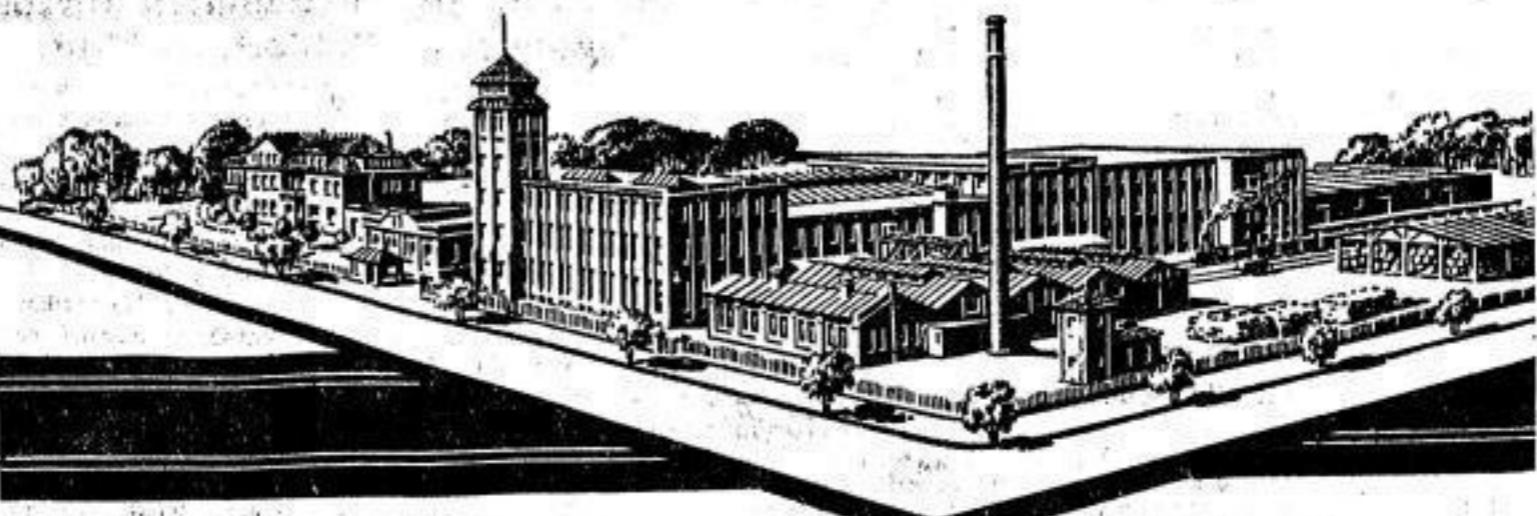
Eine weitere kurze Darlegung vermittelte Kenntnis über eine abzuschließende Versicherung aller jugendlichen Mitglieder gegen Unfall und Haftpflicht. Dazu lag ein Angebot der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine vor. Die Konferenz begrüßte freudig, daß wir dabei privatkapitalistische Versicherungsgesellschaften ausschließen können und in der Lage sind, die Versicherungsbeiträge an Arbeitnehmernehmungen einzuzahlen.

Die Bezirkskonferenz stand in allen diesen Fragen auf einer beachtlichen Höhe und hatte nunmehr noch den Streitfall zu entscheiden. Als Vertreter des Bezirksparteivorstandes berichtete Genosse Krenzel über die Ursachen, die der Partei Anlaß geben, die vom Genossen Walter Otto unternommenen Verstöße gegen die Parteiregeln zu überprüfen. Die Partei mußte sich mehrere Male mit Walter Otto beschäftigen und entschloß sich gegen seine Handlungswelle. Wegen einer Auslandsdelegation erhielt Walter Otto eine scharfe Kälte vom Reichsausschuß der SAW. Allerdings zum Trost durchbrach Walter Otto erneut die Organisationsdisziplin, so daß der Parteivorstand keinen anderen Ausweg sah, als dem Parteivorstand den Ausschluß Walter Ottos aus der SPD zu empfehlen. Dem ist der Parteivorstand nachgekommen und hat in seiner Sitzung am 17. März 1927 einstimmig den Ausschluß aus der Partei ausgesprochen. Damit ist es untragbar geworden, daß Walter Otto weiter Vorstehender der SAW im Bezirk Westsachsen bleibt.

Die Konferenz gab dem Genossen Otto Gelegenheit, seine Gegenauflösungen abzugeben. Er stellte zunächst dar, wie er sich bemüht habe, nicht nur für die Jugend, sondern auch für die Partei zu wirken, was hier gern öffentlich bestätigt wird. Die eigenartige Politik der Partei habe ihn aber in starke Konflikte mit seiner Überzeugung gebracht. Im Verband der SAW und in der Partei werde jedoch keine andere Meinung geduldet, deshalb habe jenes Verfahren gegen ihn eingesetzt, so daß er in seiner Notwehr zur Herausgabe von Flugblättern greifen mußte. Wenn die kommunistische Presse dies aufgegriffen hat, so lehne er die Verantwortung ab. Auf keinen Fall lasse es sich die Propagierung seiner Überzeugung nehmen. Hinter ihm steht die Opposition, ein Beweis, daß er den richtigen Weg gehe.

In der Diskussion wurden temperamentovolle Gründe und Geogenialtheit vorgebracht; manches schwere Wort fiel, weil sich ein Teil der Delegierten von der Weisheit Walter Ottos täuschen ließ. Der Wölfchus brachte die Annahme des vorliegenden Antrags Groß-Leipzig mit 77 gegen 58 Stimmen, nachdem die Genossen Walter Otto und Willi Eppenhahn wegen ihres organisatorisch widrigsten Verhaltens aus der SAW ausgeschlossen sind. Damit hatten sich alle anderen Anträge und Resolutionen dieser Frage erledigt.

Die Opposition brachte dagegen eine Erklärung ein, die besagt, daß der Ausschluß für die unterzeichneten Ortsgruppen keine Gültigkeit hat, daß sie die ausgeschlossenen weiterhin als Mitglieder, Funktionäre und Helfer anerkennen und die Annahme als politische Maßregelung betrachten. Unterstrichen war die Erklärung von den Ortsgruppen Böhlin-Ehrenberg, Dahlem, Engelsdorf, Grünau, Siebertswolfsburg, Lindenthal, Marktstadt, Mügeln, Oschatz, Querfurt, Roßlau, Sichtla, Taucha und Taura b. Bautzen.



Die Seifensfabrik der GEG in Gröba-Riesa.

Die Arbeiter-Konsumgenossenschaftsbewegung, so klein sie in ihren Anfängen war, hat sich zu respektabler Größe entwickelt. Aber ihr Tätigkeitsgebiet blieb nicht auf die Vermittlung von Verbrauchsgütern aller Art beschränkt. Sobald sie eine gewisse Höhe des Umlaufs erreicht hatte, verlegte sie sich auch auf die Eigenproduktion. Zentrale und Initiative der Eigenproduktion liegen bei der GEG in Hamburg, die bereits eine große Reihe von Produktionsstätten zum Teil selbst errichtet, zum Teil von Genossenschaften sowohl wie von Privaten übernommen hat. Eine der größten Produktionsstätten der GEG befindet sich in Gröba-Riesa, wo eine Seifensfabrik, eine Sandholzfabrik sowie eine Teigwarenfabrik, eine chemische Fabrik sowie eine Reihe von Nebenbetrieben auf einem über 40.000 Quadratmeter großen Areal vereint sind.

Vorher sie erstehten konnten, mußten schwere Kämpfe gegen die Genossenschaftsfeinde geführt werden. Was die sich an kleinlicher Schäßigkeit und burschikischer Tücke leisteten, ist sicher unglaublich und verdient mit einigen Worten dargelegt zu werden.

Am 22. September 1908 beschloß der Aufsichtsrat der GEG, eine Seifensfabrik zu errichten. Eine zweite Auflösung, die am 29. September desselben Jahres in Leipzig stattfand, kam dahin über ein Darlehen von 300.000 Mark für die Ausführung des Projektes auszurechnen. Am 6. März 1909 stand die entscheidende Generalversammlung in Chemnitz statt, die behördlich, in Aten Grundstücke zu kaufen. Der Kauf erfolgte auch bald darauf. Aber dann begann ein jahrelanger Kampf. Die Stadtvverwaltung von Aten, die Polizei- und Kreisverwaltung, der Magistrat der Stadt Magdeburg ließen ihnen willfährig ihre Hände. zunächst wandte man sich gegen die Anlage eines Anschlusses nach dem Fabrikgrundstück. Dann machte man soziale, politische und bürgerliche Bedenken geltend, der Mittelstand werde ruiniert, die Arbeiterstadt zur Staatsfeindlichkeit verkehrt, die Abwässer, Nutz- und Rauchabgänge brächten gesundheitliche Gefahren. Obwohl die Magdeburger Gewerbeinspektion und der Kreisrat von Calbe, die obdoliver Begeisterung zeigten, waren, erklärten, daß hogentliche Bedenken, nicht zu erheben seien, wurden sie immer wieder in neuen Variationen vorgebracht und damit erreicht, daß die Genehmigung zum Bau sich Monat um Monat, ja, jahrelang hinauszögerte. Die GEG zerstreuete die sogenannten Argumente, indem sie schließlich erklärte, Märkte nach dem Prinzip des Vollendesten, das es auf diesem Gebiet gibt, errichten zu wollen. Über die brauen Schildbürger von Aten wandten ein, die Verdampfung der Abwässer bringe noch größere Belästigungen als die Ableitung. Aber auch ihnen noch die Eisenbahndirektion zu Hilfe, die für ihre Bahnhofstation in Aten und für das „dort zahlreich vertretende Publikum“ Bedenken hatte. Ihr zur Seite trat die Postbehörde, die sogar glaubte, daß durch das mit dem Auspuffen der verbundenen Abwässer verbundene Geruch der Fernpostverkehr gestört werde. Man bat, „in der Genehmigungsurkunde ausdrücklich festzulegen zu wollen, daß die Postverwaltung in Aten jederzeit berechtigt sei, den Betrieb zu versagen“. Die weise Polizei verwarf, die Sicherheitswowig wie irgendwie anderer Sicherheitliche Auspuffgeräusche jemals vernommen hatte, machte sich diejenigen Einwand schwindig zu eignen und verlangte in einer Einigung, daß das von der Postbehörde verlangte Recht der willkürlichen Betriebsstilllegung auszubilden. Auch der Magistrat der Stadt Aten legte sich in gleicher Weise ins Mittel. Ueberdies versetzte die Polizei auf ein neues Mittel, den Bau zu hinterziehen. Sie wollte die Menge der Abwässer der Fabrik auf höchstens 10 Kubikmeter beschränkt wissen. Das ging selbst dem Ministerium, das darüber zu entscheiden hatte, zu weit. Aber es kam dennoch den kleinen Schildbürger dadurch zu Hilfe, daß es die Möglichkeit nachträglicher Anordnungen, die erhebliche Kosten verursachten oder den Fortlauf der Anlagen in Frage stellten, offenlegte. Ob die GEG, so meinte der brave Ministerialbeamte, frohden die Anlage zur Ausführung bringen wolle, müsse ihr überlassen bleiben.

Unter Protest verliehen die Delegierten genannter Ortsgruppen die Konferenz, die nunmehr einstimmig die Bezirkleitung beauftragte, von diesen Ortsgruppen bis zum 1. Mai die Entscheidung einzurichten, ob sie sich noch als Ortsgruppen der Sozialistischen Arbeiter-Jugend Deutschlands bezeichnen. Weiter schickten die Delegierten der Bezirkleitung einstimmig ihr Vertrauen durch Annahme folgender Entschließung:

Die außerordentliche Bezirkskonferenz erklärt ihr volles Einverständnis mit allen Maßnahmen der Bezirkleitung seit der Bezirkskonferenz am 20. Februar 1927.

Als nunmehriger Bezirksvorstand wurde Genosse Kurt Tröger-Lipzig mit 64 gegen 28 Stimmen gewählt. Die noch vorliegenden Anträge auf Änderung der Statuten, Neuregelung des Delegationswesens zu Bezirkskonferenzen und Vertretungsbestimmungen mit Partei-, Jungsozialisten- und Kinderfreunden standen ebenfalls einstimmig angenommen. Mit dem Besinnung auf aufbauende Arbeit im Sinne der sozialistischen Jugendbewegung und mit dem Gefang der Internationale konnte die Konferenz gegen 6 Uhr abends geschlossen werden.

Damit hat eine die Jugend unseres Bezirks bewegende Frage ihren Abschluß gefunden. Wenn sich in letzter Zeit die Gemüter stark erhitzten, so darum, weil die Jugendfunktionäre in den Genossen Otto und Eppenhahn Märtyrer für revolutionäre Gesinnung erachteten dabei aber völlig übersehen, daß die Kommunisten mit diesen Genossen Reklame in ganz Deutschland machen und sie unter Verfälschung der Einheitsfront für ihre Zwecke benutzen. In allen Orten lauern die Kommunisten, die Freiheit der jünglich geleisteten Arbeit einzufordern. Wenn es für jeden ehrlich kämpfenden Arbeiter lächend und niederrückend ist, daß die Zerrissenheit unter der Arbeiterchaft fortwährt, so müssen doch für die Einigung des Proletariats andere Formen gelingt werden als die bisher angewandten. Eine Einheit ist nicht durch bloße Zerstörung der Organisationen zu erreichen. Dagegen wird sich die sozialistische Arbeiterchaft immer mit aller Entschiedenheit wehren und müssen denen, die dieses Gebot nicht anerkennen und Organisationenbefreiung verleihen, die Tür weisen, mög es schmerzlich sein wie es will.

Die Genehmigung zum Bau wurde schließlich erzielt. Aber die GEG verpflichtete auf die Ausführung des Projektes. Sie glaubte, inzwischen in Jena einen besseren Platz gefunden zu haben. Aber in Jena wiederholte sich das Gegenspiel der Genossenschaftsfeinde in ähnlicher Weise. Und dort hatten die Genossenschaftsfeinde Protestier sogar noch besser Erfolg. Im Namen des Herzogs von Anhalt wurde nach abermals jahrelangem Kampf für Recht erkannt: „Der Antrag der GEG wird kostenpflichtig zurückgewiesen!“ Die GEG legte Rechts beim hohen Landesverwaltungsgericht in Dessau ein. Doch auch dieser Rechts wurde abgewiesen.

Aber nicht überall war man so kurzichtig wie in Aten und Jena. Der GEG waren aus einer ganzen Reihe von Städten Grundstückangebote gemacht worden. So von Sonnenhain, Böllschau, Waldheim i. Sa. und schließlich auch von der Kleinstadt Hohen-Asse-Gelehrte Gröba-Riesa. Das letztgenannte Angebot wurde akzeptiert und ein Grundstück von reichlich 42.000 Quadratmetern gekauft. Seisanlage und Abwassertrassen boten nicht die geringsten Schwierigkeiten. Die Gröbaer Gemeindeverwaltung war nicht so bildsünderlich wie die zu Aten und Jena. Am 12. Dezember 1908 erließ die Amtschampmannschaft von Großenhain die Genehmigung zum Bau. Am 16. Januar 1909 erfolgte die Auflösung und Inbesitznahme der Grundstücke.

Der Umfang der GEG war in den vier Ramppjahren von 147 Millionen auf 274 Millionen Mark gestiegen. Die für Aten geplante Anlage erschien daher jetzt schon als viel zu klein. Statt der 300.000 Mark erforderte das neue Projekt 1,25 Millionen Mark. Sie wurden durch Anteile in etwa drei Wochen aufgebracht. Am 3. Mai desselben Jahres konnte der Grundstein gelegt werden. Aten und Jena, die da glaubten, der Konsumvereinsbewegung eins auszuwinnen, hatten sich in Wirklichkeit als ein Teil von jener Kraft erwiesen, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Jetzt konnte entsprechend der weit größeren Entwicklung der Genossenschaften auch sofort Bau und Einrichtung einer lange Zeit ausreichenden Fabrik in Angriff genommen werden. Die Gröbaer Seifensfabrik ist ein außergewöhnlicher Großbetrieb. Es sind etwa 60 Elektromotoren für Eingangs- und Gruppenantrieb in Betrieb. Die Fabrik verfügt über ein bestechendes chemisch-analytisches Laboratorium, dem ein Betriebschemiker vorsteht. In dem Laboratorium werden zunächst die Rohmaterialien auf Wert und Verwendbarkeit geprüft. Dann wird der Gang der Fettspaltung, und zwar jede Spaltung einzeln, fortlaufend einer chemischen Kontrolle unterzogen. Des weiteren steht die gesamte Fabrikation, auch das fertiggestellte Produkt, ständig unter chemisch-analytischer Überwachung. Dadurch ist die Gewähr gegeben, daß die Fabrikate eine ständig gleichbleibende Zusammensetzung und Beschaffenheit aufzuweisen. Auch an der Verbesserung der Produkte wird fortgesetzt gearbeitet.

Die Seifensfabrik in Gröba-Riesa vermag jährlich 15 Millionen Kilogramm Seife herzustellen. Die Produktion erstreckt sich auf alle Sorten und Arten von Seife. Die durchschnittliche Bestand an Ölen und Fetten beträgt etwa 500.000 Kilogramm. Die große moderne Deltankonsole vermag 500.000 bis 600.000 Kilogramm zu lassen. In Riesenzäumen stehen die zahlreichen großen und kleineren Behälter zur Reinigung sowie zum Sieben und Eindämpfen. In anderen befinden sich zahlreiche Maschinen, die die fertige Seife zu Platten, Riegeln und Handtüchern schnüren, sowie Pressen, die den besten Seifen die endgültige Form und Prägung geben. Große Lagerräume nehmen die Bedürfnisse auf.

Wer nicht nur die Fabrikationsräume, sondern auch die Außenanlagen, Wasche-, Bade- und Aborträume haben sich sehr vorteilhaft ab von den gleichen Zwecken dienenden Räumen in vielen kapitalistischen Betrieben. Die Arbeiterchaft hat also allen Anlaß, trotz auf die in Gröba errichtete Seifensfabrik und besteht zu jenen, den bereits bestehenden Eigenbetrieben weitere hinzuzufügen. E. R.

Unter unseren Parteigenossen erhoffen wir, daß mit der Jugend, soweit sie in den Versuchen der Kommunisten nur die ideale Seite hinnimmt sieht und nicht hinter die Maske schauen kann, ein klares Wort sprechen. Auf, sammeln wir die Jugend um das sozialistische Banner, um fruchtbare, ausbauende Arbeit im sozialistischen Sinne zu lassen.

Auswanderung nach Kanada.

Von der Mitteldeutschen Auswandererberatungsstelle wird uns geschrieben:

Siebtend Kanada die Einwanderungsbestimmungen für Deutsche abgeändert hat, doch grundsätzlich Einwanderer aller Berufe zugelassen werden, wenn die nötige Sicherheit des Fortkommens vorhanden ist, hat sich in den Kreisen der Auswanderungslustigen ein starkes Interesse für dieses Land geltend gemacht. Vielfach besteht die Ansicht, daß die Fortkommensverhältnisse in allen Berufen, namentlich aber dem des landwirtschaftlichen Arbeiters, unbedingt günstig sind. Das ist aber nicht der Fall; die Schwierigkeiten des Fortkommens in Kanada sind größer als die meisten Auswanderungslustigen glauben. Auch der Bericht, der den vom Internationalen Gewerkschaftsbund und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale einberufenen Weltwanderungskongress (London, Juni 1926) vorgelegt wurde, also eine durchaus objektive Quelle, beurteilt die Aussichten in Kanada wesentlich ungünstiger als das seitens interessierten Stellen vielfach geschieht. Es heißt dort: „Kein Industriearbeiter sollte nach Kanada kommen, wenn er nicht sicher ist, Arbeit zu dem von der Gewerkschaft festgelegten Lohn zu erhalten, und niemand sollte Land übernehmen, wenn er nicht genug Kapital besitzt, um mindestens ein Jahr davon leben zu können.“ Die Mitteldeutsche Auswandererberatungsstelle beim Institut für Auslandsfunde, Grenz- und Auslandsdeutschland in Leipzig N 22, Friedrich-Karl-Straße 22, ist genau über die kanadischen Verhältnisse unterrichtet. Niemand, der nach Kanada auswandern will, sollte verzögern, sich vorher mit der genannten Stelle in Verbindung zu setzen.

Kampf in der Textilindustrie.

Die Mantelkarisverhandlungen für die ost-sächsische Textilindustrie gescheitert.

Die Verhandlungen im ost-sächsischen Tarifstreit sind am Freitag an dem halbstündigen Verhören der Unternehmer und dem Ton, der von einem Unternehmervorsteher hingestellt wurde, gescheitert.

Der Kampf, den die Textilarbeiterchaft Ost-Sachsens vermelden wollte, indem sie seit Februar d. J. in Geduld mit dem Arbeitgeberverband verhandelte, wird nunmehr unzweckmäßig. Bereits am 23. April werden die ersten Teilschlüsse erfolgen. An dem ausgebliebenen Kampfe sind fast 50 000 Textilarbeiter beteiligt.

Solidaritätsstreik bei Tittel & Krüger.

Die Arbeiter der Norddeutschen Wollkämmerei in Döbeln-Horst und Bahnsfeld bestehen sich seit einigen Wochen im Streit. Es ist der Versuch gemacht worden, die Arbeiten nach dem Betrieb des Sächsischen Wollkämmerei vom Tittel u. Krüger in Leipzig zu verlegen, der dem Konzern der Norddeutschen Wollkämmerei angehört. Diesen Versuch, die Arbeiter des neuen Konzernbetriebs gegen die Arbeiter des andern auszupielen, hat die Belegschaft von Tittel u. Krüger mit einem Akt der Solidarität beantwortet. Die Arbeiterschaft der Altenpinnerei und der Seltzerabteilung hat heute morgen geschlossen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-Versicherung.

Dem sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags liegt gegenwärtig ein Gesetzentwurf vor, der als Antrag Esser bezeichnet ist, aber eine offizielle Arbeit des Reichsarbeitsministeriums darstellt. Wir veröffentlichen den Entwurf in seinen Grundzügen und knüpfen daran einige kritische Bemerkungen.

1. Grundzüge des Entwurfs.

Als Träger der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-Versicherung ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, mit dem Sitz in Berlin, die "Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-Versicherung" vorgesehen. Außer der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosen-Versicherung obliegt der Reichsanstalt noch die Berufsausbildung und Beschaffens-Vermittlung. Weitere Aufgaben können der Reichsanstalt übertragen werden.

Das bisherige Reichsamt für Arbeitsvermittlung wird die Hauptstelle. Die Landesämter für Arbeitsvermittlung werden die Landesstellen (Landesarbeitsämter), die öffentlichen Arbeitsnachweise die Ortsstellen (Arbeitsämter) der Reichsanstalt. Jede Gemeinde muß von einem Arbeitsamt erfasst sein.

Als Organe, von unten ausgehend, sind vorgesehen:

1. die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter,
2. die Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter,
3. der Verwaltungsrat der Reichsanstalt,
4. der Vorstand der Reichsanstalt.

Die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter und der Landesarbeitsämter bestehen aus dem Vorsitzenden des Amtes oder einem seiner Stellvertreter und aus Beisitzern der Unternehmer, Arbeiter und öffentlichen Körperschaften in gleicher Zahl. Die Zahl der Beisitzer soll bei den Arbeitsämtern mindestens drei und bei den Landesarbeitsämtern mindestens fünf betragen. Unter den Beisitzern sollen sich Frauen befinden.

Die Beisitzer der Unternehmer und der Arbeiter werden nach Vorschlagslisten der wirtschaftlichen Vereinigungen bestellt. Dabei ist bei den Arbeitgeber-Vereinigungen, wenn mehrere Vorschlagslisten vorliegen, das Verteilungsrecht der beschäftigten Arbeiter zugrunde zu legen, und bei den Arbeiter-Vereinigungen die Mitgliederzahl. Die Bestellung der Beisitzer erfolgt für die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter durch den Vorsitzenden des Landesarbeitsamts und für die Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter durch den Vorstand der Reichsanstalt.

Die Beisitzer der öffentlichen Körperschaften werden für die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter von der gemeinsamen Gemeindeaufsichtsbehörde, auf Vorschlag der beteiligten Gemeinden, bestellt und für die Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter von der obersten Landesbehörde.

Die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter und der Landesarbeitsämter haben einen Unterausschuss zu bilden, dem die Rechte und Pflichten des Verwaltungsausschusses ganz oder teilweise übertragen werden können.

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt besteht aus dem Präsidenten der Reichsanstalt oder einem seiner Stellvertreter als Vorsitzenden und mindestens zehn Vertretern der Unternehmer, Arbeiter und der öffentlichen Körperschaften. Unter den Beisitzern der Unternehmer, Arbeiter und öffentlichen Körperschaften werden auf Grund gesonderten Vorschlagslisten der drei Gruppen des Verwaltungsrats vom Reichsarbeitsminister bestellt. Eine gleichzeitige Mitgliedschaft im Verwaltungsrat und im Vorstand der Reichsanstalt ist ausgeschlossen.

Für alle Organe der Reichsanstalt ist eine fünfjährige Amtsperiode vorgesehen.

Die Geschäftsführung der Reichsanstalt geschieht durch den Vorstand als gesetzlichen Vertreter. Dabei haben die Landesarbeitsämter den Weisungen des Vorstands, die Arbeitsämter den Weisungen des Vorstands und der Landesarbeitsämter zu folgen. Die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter und Landesarbeitsämter werden von ihren Vorsitzenden, dem Verwaltungsrat und dem Vorstand von dem Präsidenten einberufen, so oft ein Bedürfnis vorliegt. Sie müssen eihandeln werden, wenn $\frac{1}{2}$ der Mitglieder es verlangt.

Die Beschlussfassung geschieht nach Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende. Unternehmer- und Arbeiter-Beisitzer können nur in gleicher Zahl stimmen, sofern nicht mehr als ein Drittel aller Unternehmer- und Arbeiterstimmen dabei ausfallen würde. Bei Abwesenheit aller Unternehmer oder Arbeiter findet keine Beschlussfassung statt. Sie erfolgt dann in der nächsten Sitzung, wobei der Vorsitzende anordnen kann, daß abgestimmt wird, auch wenn nur ein Teil der Beisitzer erscheint.

Der Präsident der Reichsanstalt und deren Stellvertreter wird vom Reichspräsidenten, nach Anhörung des Verwaltungsrats und des Reichsrats, ernannt. Die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter werden ebenfalls vom Reichspräsidenten, im Benehmen mit dem Vorstand der Reichsanstalt und der obersten Landesbehörde, ernannt. Der Vorstand der Reichsanstalt hat vorher den Verwaltungsausschuss des Landesarbeitsamts zu hören. Der Präsident, sein Stellvertreter und die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter haben Rechte und Pflichten der Reichsbeamten.

Die Vorsitzenden der Arbeitsämter ernennen den Vorstand der Reichsanstalt nach Anhörung des Verwaltungsausschusses des Arbeitsamts. Das Ernennungsrecht kann den Vorsitzenden der Landesarbeitsämter übertragen werden. Den Vorsitzenden der Arbeitsämter und Angestellten in besonders verantwortlicher Stellung kann die Reichsbeamteneigenschaft verliehen werden. Die Dienst-

erhöhung bestimmt, welche Stellen als besonders verantwortlich anzusehen sind, und der Haushaltplan bestimmt die Zahl dieser Stellen. Alle übrigen Arbeitskräfte der Reichsanstalt werden auf Privatservicevertrag angestellt.

Die Anstellung der Fachkräfte für Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung und Berufsberatung bei den Arbeitsämtern erfolgt durch den Vorsitzenden des Landesarbeitsamts, auf Vorschlag der Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter. Alle übrigen Arbeitskräfte werden durch den Vorsitzenden des Arbeitsamts angestellt. Die Anstellung der Fachkräfte bei den Landesarbeitsämtern erfolgt auf Vorschlag der Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter durch den Vorstand der Reichsanstalt.

In der vom Verwaltungsrat zu erlassenden Dienstordnung sind die Gehaltsbezüge und die Grundätze für Anstellung, Dienstentlassung, Arbeitsstandsversorgung und hinterbliebenen Fürsorge der Angestellten zu regeln. Die Satzung der Reichsanstalt wird vom Verwaltungsrat beschlossen und die Geschäftsführung durch allgemeine Anordnungen geregelt. Für die Geschäftsführung der Arbeitsämter und Landesarbeitsämter müssen Vorschläge einreichen, wobei die Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter die Vorschläge der Arbeitsämter vorzuprägen haben. Der Haushaltplan bedarf der Zustimmung der Reichsregierung. Die Rechnungsabrechnung erfolgt jährlich. Die Prüfung und Abnahme geschieht durch den Verwaltungsrat. Die Aufsicht über die Reichsanstalt wird vom Reichsarbeitsministerium ausgeübt.

Die Festsetzung des Haushaltplans der Reichsanstalt erfolgt jährlich durch den Verwaltungsrat. Die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter und Landesarbeitsämter müssen Vorschläge einreichen, wobei die Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter die Vorschläge der Arbeitsämter vorzuprägen haben. Der Haushaltplan bedarf der Zustimmung der Reichsregierung. Die Rechnungsabrechnung erfolgt jährlich. Die Prüfung und Abnahme geschieht durch den Verwaltungsrat. Die Aufsicht über die Reichsanstalt wird vom Reichsarbeitsministerium ausgeübt.

Erhöhung der Beiträge zur Invalidenversicherung usw. erklärte Herr Ministerialrat Dr. Schulz, daß es dann richtiger sei, die alten niedrigeren Löhne beizubringen zu lassen. In dieser ganzen Weise glaubt ein Regierungsvertreter die Staatsarbeiter verbünden zu dürfen. Wir fordern die Staatsarbeiter auf, gerüstet zu sein!

Unter Berücksichtigung wurde ein Antrag gestellt, durch den die Ortsverwaltung beauftragt wurde, Schritte einzuleiten, zwecks Herbeiführung einer gemeinsamen Maßnahmen des DGB, der SPD und KPD, Ortsgruppen Leipzig. Der Antrag wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Aufschluß der französischen Beamtenverbände in den Gewerkschaftsbund.

SPD. Paris, 25. April. Mit erdrückender Mehrheit von über 400 Stimmen gegen nur 2 Stimmen bei 30 Stimmenthaltungen haben sich die französischen Beamtenverbände für den Anfang an diesen Beschlüssen ausgesprochen. Zur Abschluß an diesen Beschlüssen wurde am Sonntag im Rahmen des französischen Gewerkschaftsbundes das "Beamtenarrest der öffentlichen Verwaltungsmenge" gegründet, um die Interessen der verschiedenen Beamtenvereinigungen in enger Anlehnung an den Gewerkschaftsbund und unter dessen Kontrolle vertreten zu können. Dem neu gegründeten Beamtenarrest gehörten Vertreter der Verbände der staatlichen Beamten, Lehrer, Post- und Telegraphenbeamten, Beamten der direkten und indirekten Steuern, Eisenbahner usw. an.

Erlasseverhängung.

Die Steinzeugerstaat Richard Egardt-Eisenach und dessen Pfleiderbaustelle Lüdenhausen gilt für alle Steinzeuger und Berufsgenossen als gesperrt. Egardt hat Tarifbruch begangen, kommt aber auch keinen vertraglichen Pflichten, Einlösung der Hilfsarbeiter, Ausstellen von Baubuden usw. nicht nach.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands. Gau IV.

Aussperrung der Berliner Kraftdroschkenchafer. Die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs für die Kraftdroschkenchafer, der von den Droschkenbesitzern für untragbar erklärt wird, hat bereits gestern die Großbetriebe veranlaßt, 3000 Chauffeure nicht weiter zu beschäftigen.

Aussperrung bei Citoon. In der Automobilfabrik von Citoon ist es infolge eines Lohnstreiks, der einige Arbeiter zum Streik veranlaßt hatte, zur Aussperrung von 10 000 Arbeitern gekommen. Diese Maßnahme soll nach vorläufiger Bestimmung nur bis kommenden Montag fortgeführt werden. Wegen der Aussperrung herrscht in Arbeiterkreisen eine gewisse Erregung.

F Spiel, Sport, Körperpflege F

Turner.

Urbeller-Turn- und Sportschule, Turnspielstätte. Der Nebengesellschaft wird Mittwoch, den 27. April, wieder aufgenommen. Treffpunkt 7 Uhr. Turnausgabe.

Turnspiele vom Sonntag.

Infolge Ausstragung der Bezirksmeisterschaften im Hand- und Rößball berichtet ab 12 Uhr Spielerdorf, so daß die Spielfähigkeit nicht so rege wie sonst entfaltet werden kann. Unter diesen kann folgende Spiele zur Durchführung: Rößball: 1. 32 Minuten Goldblauen gegen die spätere Gaulöcher. 2. 30 Minuten Eisen, doch darüber selber entwidelt. Eine entzündliche Niederlage erzielte W. S. Südw. 3. 30 Minuten. 4. wurde es geschlagen. Die Katastrope kam diesmal von der anderen Seite. Ein 30 Minuten. Die Lindenauer fertigte Lindenauer 3:0 ab. In Pausen 1. 30 Minuten. 2. 30 Minuten. 3. 30 Minuten. 4. 30 Minuten. 5. 30 Minuten. 6. 30 Minuten. 7. 30 Minuten. 8. 30 Minuten. 9. 30 Minuten. 10. 30 Minuten. 11. 30 Minuten. 12. 30 Minuten. 13. 30 Minuten. 14. 30 Minuten. 15. 30 Minuten. 16. 30 Minuten. 17. 30 Minuten. 18. 30 Minuten. 19. 30 Minuten. 20. 30 Minuten. 21. 30 Minuten. 22. 30 Minuten. 23. 30 Minuten. 24. 30 Minuten. 25. 30 Minuten. 26. 30 Minuten. 27. 30 Minuten. 28. 30 Minuten. 29. 30 Minuten. 30. 30 Minuten. 31. 30 Minuten. 32. 30 Minuten. 33. 30 Minuten. 34. 30 Minuten. 35. 30 Minuten. 36. 30 Minuten. 37. 30 Minuten. 38. 30 Minuten. 39. 30 Minuten. 40. 30 Minuten. 41. 30 Minuten. 42. 30 Minuten. 43. 30 Minuten. 44. 30 Minuten. 45. 30 Minuten. 46. 30 Minuten. 47. 30 Minuten. 48. 30 Minuten. 49. 30 Minuten. 50. 30 Minuten. 51. 30 Minuten. 52. 30 Minuten. 53. 30 Minuten. 54. 30 Minuten. 55. 30 Minuten. 56. 30 Minuten. 57. 30 Minuten. 58. 30 Minuten. 59. 30 Minuten. 60. 30 Minuten. 61. 30 Minuten. 62. 30 Minuten. 63. 30 Minuten. 64. 30 Minuten. 65. 30 Minuten. 66. 30 Minuten. 67. 30 Minuten. 68. 30 Minuten. 69. 30 Minuten. 70. 30 Minuten. 71. 30 Minuten. 72. 30 Minuten. 73. 30 Minuten. 74. 30 Minuten. 75. 30 Minuten. 76. 30 Minuten. 77. 30 Minuten. 78. 30 Minuten. 79. 30 Minuten. 80. 30 Minuten. 81. 30 Minuten. 82. 30 Minuten. 83. 30 Minuten. 84. 30 Minuten. 85. 30 Minuten. 86. 30 Minuten. 87. 30 Minuten. 88. 30 Minuten. 89. 30 Minuten. 90. 30 Minuten. 91. 30 Minuten. 92. 30 Minuten. 93. 30 Minuten. 94. 30 Minuten. 95. 30 Minuten. 96. 30 Minuten. 97. 30 Minuten. 98. 30 Minuten. 99. 30 Minuten. 100. 30 Minuten. 101. 30 Minuten. 102. 30 Minuten. 103. 30 Minuten. 104. 30 Minuten. 105. 30 Minuten. 106. 30 Minuten. 107. 30 Minuten. 108. 30 Minuten. 109. 30 Minuten. 110. 30 Minuten. 111. 30 Minuten. 112. 30 Minuten. 113. 30 Minuten. 114. 30 Minuten. 115. 30 Minuten. 116. 30 Minuten. 117. 30 Minuten. 118. 30 Minuten. 119. 30 Minuten. 120. 30 Minuten. 121. 30 Minuten. 122. 30 Minuten. 123. 30 Minuten. 124. 30 Minuten. 125. 30 Minuten. 126. 30 Minuten. 127. 30 Minuten. 128. 30 Minuten. 129. 30 Minuten. 130. 30 Minuten. 131. 30 Minuten. 132. 30 Minuten. 133. 30 Minuten. 134. 30 Minuten. 135. 30 Minuten. 136. 30 Minuten. 137. 30 Minuten. 138. 30 Minuten. 139. 30 Minuten. 140. 30 Minuten. 141. 30 Minuten. 142. 30 Minuten. 143. 30 Minuten. 144. 30 Minuten. 145. 30 Minuten. 146. 30 Minuten. 147. 30 Minuten. 148. 30 Minuten. 149. 30 Minuten. 150. 30 Minuten. 151. 30 Minuten. 152. 30 Minuten. 153. 30 Minuten. 154. 30 Minuten. 155. 30 Minuten. 156. 30 Minuten. 157. 30 Minuten. 158. 30 Minuten. 159. 30 Minuten. 160. 30 Minuten. 161. 30 Minuten. 162. 30 Minuten. 163. 30 Minuten. 164. 30 Minuten. 165. 30 Minuten. 166. 30 Minuten. 167. 30 Minuten. 168. 30 Minuten. 169. 30 Minuten. 170. 30 Minuten. 171. 30 Minuten. 172. 30 Minuten. 173. 30 Minuten. 174. 30 Minuten. 175. 30 Minuten. 176. 30 Minuten. 177. 30 Minuten. 178. 30 Minuten. 179. 30 Minuten. 180. 30 Minuten. 181. 30 Minuten. 182. 30 Minuten. 183. 30 Minuten. 184. 30 Minuten. 185. 30 Minuten. 186. 30 Minuten. 187. 30 Minuten. 188. 30 Minuten. 189. 30 Minuten. 190. 30 Minuten. 191. 30 Minuten. 192. 30 Minuten. 193. 30 Minuten. 194. 30 Minuten. 195. 30 Minuten. 196. 30 Minuten. 197. 30 Minuten. 198. 30 Minuten. 199. 30 Minuten. 200. 30 Minuten. 201. 30 Minuten. 202. 30 Minuten. 203. 30 Minuten. 204. 30 Minuten. 205. 30 Minuten. 206. 30 Minuten. 207. 30 Minuten. 208. 30 Minuten. 209. 30 Minuten. 210. 30 Minuten. 211. 30 Minuten. 212. 30 Minuten. 213. 30 Minuten. 214. 30 Minuten. 215. 30 Minuten. 216. 30 Minuten. 217. 30 Minuten. 218. 30 Minuten. 219. 30 Minuten. 220. 30 Minuten. 221. 30 Minuten. 222. 30 Minuten. 223. 30 Minuten. 224. 30 Minuten. 225. 30 Minuten. 226. 30 Minuten. 227. 30 Minuten. 228. 30 Minuten. 229. 30 Minuten. 230. 30 Minuten. 231. 30 Minuten. 232. 30 Minuten. 233. 30 Minuten. 234. 30 Minuten. 235. 30 Minuten. 236. 30 Minuten. 237. 30 Minuten. 238. 30 Minuten. 239. 30 Minuten. 240. 30 Minuten. 241. 30 Minuten. 242. 30 Minuten. 243. 30 Minuten. 244. 30 Minuten. 245. 30 Minuten. 246. 30 Minuten. 247. 30 Minuten. 248. 30 Minuten. 249. 30 Minuten. 250. 30 Minuten. 251. 30 Minuten. 252. 30 Minuten. 253. 30 Minuten. 254. 30 Minuten. 255. 30 Minuten. 256. 30 Minuten. 257. 30 Minuten. 258. 30 Minuten. 259. 30 Minuten. 260. 30 Minuten. 261. 30 Minuten. 262. 30 Minuten. 263. 30 Minuten. 264. 30 Minuten. 265. 30 Minuten. 266. 30 Minuten. 267. 30 Minuten. 268. 30 Minuten. 269. 30 Minuten. 270. 30 Minuten. 271. 30 Minuten. 272. 30 Minuten. 273. 30 Minuten. 274. 30 Minuten. 275. 30 Minuten. 276. 30 Minuten. 277. 30 Minuten. 278. 30 Minuten. 279. 30 Minuten. 280. 30 Minuten. 281. 30 Minuten. 282. 30 Minuten. 283. 30 Minuten. 284. 30 Minuten. 285. 30 Minuten. 286. 30 Minuten. 287. 30 Minuten. 288. 30 Minuten. 289. 30 Minuten. 290. 30 Minuten. 291. 30 Minuten. 292. 30 Minuten. 293. 30 Minuten. 294. 30 Minuten. 295. 30 Minuten. 296. 30 Minuten. 297. 30 Minuten. 298. 30 Minuten. 299. 30 Minuten. 300. 30 Minuten. 301. 30 Minuten. 302. 30 Minuten. 303. 30 Minuten. 304. 30 Minuten. 305. 30 Minuten. 306. 30 Minuten. 307. 30 Minuten. 308. 30 Minuten. 309. 30 Minuten. 310. 30 Minuten. 311. 30 Minuten. 312. 30 Minuten. 313. 30 Minuten. 314. 30 Minuten. 315. 30 Minuten. 316. 30

Kleider machen Leute.

Von Hans Otto Henel.

Sein Kopf glich einem verfehlten stehenden Rettich — aber fast spitz, nach dem Halse zu in breiter Rundung anschwellend. Über eigentlich hätte er gar keinen Hals, sondern nur zwei Kinnwülste, die dessen Stelle vertreten, und auch der Vergleich mit dem Rettich ist unvollkommen. Er glich vielmehr einer umgestürzten, schwabbeligen Kapellse, der man zwei fast glühende Augen eingeschlagen, ein schauendes Fleischgebirge als Nase aufgesteckt und eine gefüllte Brust als Bart daruntergelegt hatte.

Es handelt sich um den Generalvertreter Jiesemann. So stelle er sich vor, nachdem er von dem Kellner das sechste Glas Kulmbacher in Empfang genommen und angetrunken hatte. Unter gewissenhafter Berücksichtigung der Menschen- und Viehspiritus reiste. Bei jedem Bublik, der so gnädig ist, sich die Musterkästen anzusehen, muß man ein paar Tropfen haben, und das heißt wieder das Geschäft. Über demal was ich noch dummi, und für Schnäpse reist man überhaupt nur, wenn man dummi ist — oder als Selbst-mordkandidat.

Wer was man durchmacht, schadet nicht — wenigstens nicht hinterher. Dafür steht man heute was vor. Jawohl, Herr! Und man kennt die Menschen. Ach, ich weiß genau, was Sie von mir denken. Ein ungebildeter Mensch, nicht wahr? Einer, der durch kein Schimenastum gelauft ist. Stimmt's? Es hat Zeiten gegeben, wo ich mich deswegen selber geschämt habe. Wenn man so mit Doktors zusammen war oder mit Leuten vom Theater. Wenn man so auf ihren Gesichtern lesen konnte: bloß ein Knöpfchen. Heute, mein Lieber, sind solche Herzhaften froh, wenn sie an meinem Tische sitzen und ich was springen lasse. Ich kann mir heute eine Klebefrau leisten. Zwei, wenn ich Lust habe. Kleider machen Leute. Wissen Sie, was mein Anzug kostet? Zweihundertfünzig Mark sage ich Ihnen. Echt englisch. Jawoll! Ober, noch ein Bier!

Warum sind Sie so reserviert. Weil Sie ein feiner Mann sind? Mein Gott, wenn ich auch vielleicht nicht gerade ein Schenle-mäng bin — so ganz ohne bin ich doch nicht. Sie müßten mich sehen, wenn ich im Abendschlaf in der Valenciarbar sitze. Mein Stammtisch! Kleider machen Leute, sagte ich Ihnen schon. Was im Menschen drin ist, das steht doch leider, selbst wenn's so'n verflüdig Schenle wäre wie der Beethoven oder der Rabindranath Tagore. Sie staunen, wie bösartig ich bin, was? Das so nebenbei. Die Hauptfalte ist, daß man seine Elternbogen gebraucht. Mit Respekt zu sagen, man muß der Welt mit dem Allerwertesten ins Gesicht springen. O, ich hab's gelernt. Ich war zwei Jahre lang Bekaufstänane, hatte zehn eigene Kolonnen laufen, jede zu zehn Mann. Und ich habe die Kerls rumgehegt, kann ich Ihnen sagen. Nur mit Prouten. Auf so Sachen wie Figuren habe ich mich nie eingelassen. Wer verblieben will, soll schwören. Ich kann Ihnen flüstern, die Großkonsellation hat sich um mich gerissen, sage ich Ihnen. Damit habe ich mein Geld gemacht. Ober, noch ein Bier! Wissen Sie, was mein Kapital am Anfang war? Dreißig Pfund als Interesseneinlage, meine Menschenkenntnis und mein Mund. Weiters, daß man damit Überfall durchkommt, wenn man nicht auf den Kopf gefallen ist? Bitte schön, wie sehe ich heute du? Fragen Sie nach Jiesemann. Fragen Sie nach Jiesemann. Prime Referenzen, verehrter Herr! Nicht bloß so'n Mittelstands-Poßschekton, sondern Bank und Giro. Ober, zwei Konjakte! Wie, Sie trinken keinen Konjak? Die liebe Himmelsgabe! Na, is egal! Ich trinke gerne beide.

Ja, wie gesagt, röhren muß man sich natürlich, muß flott ran an den Spex, wen man ins Geschäft kommen will. Ich kann mit meiner Generalvertretung ein Lied davon singen. Vor allem nicht schenken! Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß ich mit Scheine handle, wenn ich überzeugt bin, daß das dabei rauspringt. Nun, is doch egal, womit man sein Geld verdient; wenn's nur viel ist. Man soll den Leuten für ihr Geld geben, was sie vertragen können. Nur keine falsche Feindseligkeit, junger Mann! Man braucht deswegen kein Menschen zu sein! Sehn Sie, im Geschäft geh ich über Leichen, rücksichtslos, aber am Abend, da bin ich ein Gemütsmann. Wie Sie sehen, habe dann sogar was für Bildung und Kunst und so Dinge, die nichts einbringen, übrig. Glauben Sie nicht? Mein Lieber, der erste Tenor vom Operettentheater ist mein Freunde, und von der Fern Andra habe ich eine Photokarte mit eigenhändiger Widmung. Edelsnörke mit Kniff, was? Ja, Sie müssen mich erst richtig kennenlernen. Einen Witz werd' ich Ihnen erzählen, den haben Sie noch nicht gehört. Also, zum Rebe kommt eine Frau, erst jung verheiratet und doch nicht verheiratet, und beschwert sich über ihren Mann. Der hat — ja aber, wollen Sie schon gehen? Ach so, Sie hören wohl jiddische Witze nicht gern. Nun ja, ich bin sonst auch Antisemit. Wissen Sie, mit Juden ist so schwer ein reelles Geschäft zu machen. Es gibt zu viele unter ihnen, die einen ehrlichen Christen unterdrücken. Nicht bloß in den

Breisen. Auch in den Büschen. Und überhaupt, warum wollen die Geschäfte machen? Sollen sich erst mal durch ehrliche Arbeit hochrappeln wie unterteiner. Ober, noch ein Bier! Wollen Sie eins mittrinken? Nein? Also bloß eins!

Herr, mir machen Sie nichts vor! Ich werde Ihnen was sagen: Sie scheinen mich nicht sehr zu schätzen. Stimmt's? Aber Sie brauchen sich mit mir doch nicht zu schämen. Ich bin Vielemann. Hier — warten Sie mal — hier ist meine Geschäftsräte. Jiesemann wird groß geschrieben. Geschäftsräte, überall, wo es um Geschäft geht. Ich kann Ihnen Verbindungen verschaffen. Sogar mit Künstlern. Meine Freund, der Tenor von der Operette — hupp — oder was meine Freundin is vom Kabarett. Eine schicke Buppe, sage ich Ihnen — mit der mal Sonntags eingehen geht — Sie tönen nicht sehr sagen. Kommen Sie mit zu mir. Ihre Vorstellung ist bald zu Ende, und sie hat so'n Schwarm für's Geistige. Kommen Sie, ich ziehe Ihre Jacke mit. Nein? Ja — hupp — Sie scheinen mich wirklich nicht leiden zu können, oder — hupp — Sie sind ein ungebildeter Mensch. Wissen Sie, was das ist, wenn man — hupp — die Einladung von einem gebildeten Menschen abschlägt? Das ist Unbildung. Nicht aufstregen, bitte. Ich verlor diesen Saßlaben und begebe mich — hupp — in ein gebildetes Land, wo man einen — hupp — wohlstrukturierten Geschäftsmann zu schätzen weiß. Ober, zahlen! Jawoll — neuer Bier und zwei Konjakte! — Was? Sie sagen läufig, wo es bloß siebenundvierzig macht? Nein, mein Lieber, aufzurunden gibt es nicht. Ich lasse mich nicht neppen. So! Na, können Sie mit nicht den Mantel halten? So is gut. Was ein richtiger Kellner ist, der muß aus der Hand fressen. Guten Abend!

Was da knurrend und prustend sich nach der Drehflügel des Gasthofes zu entfernen, war vielleicht doch kein Mensch, der seiner englischen Kleider wegen zu den "Deutens" zu rechnen wärte. Sonder tatsächlich eine Kapellse, der man zwei glühende Augen eingeschlagen, ein schauendes Fleischgebirge als Nase aufgesteckt, eine gefüllte Brust als Bart darunter gelegt und die man obenrein in Alkohol gekocht hat. Über auf dem Tische lag in einer Bierpfütze die Akteurkarte dieses Wesens, und darauf stand, deutlich: Fürchtegotz Jiesemann, Generalvertretung in- und ausländischer Firmen. Und da es Schwarz auf weiß steht, muß man's glauben.

Oberflächliche Tieftypologie.

Aus Hamburg erschien ein anfosten gänzlich unbekannter gewisser Oskar Schellbach, der an den Platzräumen angab, einen Vortrag über "Das Unterbewußtsein des Menschen" halten zu können. Da dieses Thema — Freude sei Dank! — heute schon zum eisernen Bestand aller Haß-, Bierfeins- und Möchtegern-Intellektuellen und sonstigen Neurotiker gehört, so war der Kaufhausstaat am Freitagabend einigermaßen gefüllt mit Leuten, die wohl zumeist glaubten, daß sie sich eine gut fundierte, moderne Kaffeehausgesprächsserie durch Zuhören und für billiges Geld (Plätze von 1-3 Mark) erarbeiten könnten. Es war aber nichts damit. Der Mann aus Hamburg, Leiter eines Institutes, in dem "Alltagsmenschen" für dreißig Mark Honorar die Beherrschung ihres Unterbewußtseins für unsweile erlernen könnten, scheint bei sich selbst noch nicht genugend in die Schule gegangen zu sein. Um gleich bei dem von ihm ätierten Siegrieztedner einzuhauen, so ließ sich feststellen, daß dies "Unterbewußtsein" kein reichlich schlecht erzeugene Unterbewußte des Vortragenden, so mangelhaft funktionierte, daß es Sätze wie diesen etwa ins Oberbewußtsein und in den Kaufhausstaat entließ: "Ein Kind lernt seine Muttersprache in verhältnismäßig kurzer Zeit, wozu ein Erwachsener Jahre gebraucht." Ja, nun kann eine Oberflächentypologie sehr tieflinig und eine Tieftypologie recht oberflächlich sein. Was Schellbach dort stand lebenslang von Gut und Böse solcher wissenschaftlichen Kritik. Nicht einmal die Begriffe selbst, mit denen er arbeitete, konnte er exakt definieren. Seine ganze Rede war ein langwelliges, sich ewig wiederholendes Gemisch aus alter "Association psychologique", ein wenig Psychoanalyse, wie sie der kleine Max vertritt, einer Wellertrische Couleurismus, das Ganze garniert mit allen unklaren und laienhaften Heullösionstischen, wie sie Neurozentriker zuweilen in Blättern, die die Halbwelt bedeuten, von sich geben. Endlos von Widersprüchen strohend, immer wieder von vorne beginnend, ergähzte uns der in seiner Art mutige Redner des Übels, daß wir das Unterbewußtsein plausmäßig beeinflussen müßten, in dem wir die Hemmungen und Störungen ausschalten. Nachdem ich eine Stunde vergebens auf das Rezept, nach dem dies Wunder geschehen kann, gewartet hatte, wurde ich unfähig, weiter zuzuhören, da mir mein Unterbewußtsein gebietlich beschäftigt zu gehen oder einzuhauen. Ich ging.

Ich wäre der letzte, der irgend etwas gegen eine brauchbare Allgemein-Kulturmachung, gegen eine Popularisierung der Ergebnisse moderner Wissenschaft einzuwenden hätte. So aber darf das nicht geschehen. Jeder Schuljunge trifft heute bereits von Psychologie, vor allem Tieftypologie, und mehr als die meiste leicht wissenschaftlich ernst zu nehmenden Begier haben dieser jungen, aber autunstreichlichen Wissenschaft vom Seelischen, die unzähligen Freunde, Wissäuser und Nachplapperer gehabt. Was Leute vom Fach in vorsichtigster Formulierung als vorläufige

Arbeitshypothese, als bildhafte Verdeutlichung unserer gegenwärtigen Auffassung des Ablaufes seelischer Prozesse angeben, das wird bei diesen Wuchs. Psychologen gleich zu handgreiflichen Fakten, mit denen man operieren kann wie mit Ziegelseinen, die sie im Tempel der Seele anders anordnen möchten. Homo.

Ferkeli mit Gemüt.

Wer gleich im ersten Kriegsjahr in Nibelungentheater machte und "Könige" sang, wer durch den Umsturz zu einem Stilk bestellt wurde, in dem er die prima Seele einer Besudine dem p. p. Publikum auf den Präsentiersteller legte und die "Flamme" seiner revolutionären Menschenliebe leuchtete ließ, der kann uns nicht weiter in Bewunderung sehen, wenn er sich in dieser realitären Epoche selbst zeitig, rationalisiert und auf die marktgängige Zeit einstellt, wie sie von jenen Fechtsäulen gesucht wird, die der Fechtmeister auch gerne trinken, ist nur ein Euphemismus, eine Schönerebet, will sagen eine nette kleine Titelrolle. Gemeint hat der Hans Müller aus Wien lediglich — na, "es schon wissen" — wurde der Wiener sagen. Also was ein großer Opernänger, Amerikaner, vor dem Autoren nötig oder angeblich nötig hat. Seine Frau muß da nämlich immer noch mal zu ihm in die Garderobe kommen und — ne, "es schon wissen". So was reicht auszuschwärmen, durch drei Worte immer von dem einen reden, ist natürlich sehr nett, zum Kochen nett.

Besonders erquältlich, wenn sie ihrem abgewandelten Liebhaber, einem Schieber, wie ihn sich Müller vorstellt, egalwo davon erzählt, inwiefern ihre Frauensee dadurch fortan sei, daß eben dieses Mittel ihrem Gatten nur zum Zweck der Herabordnung des Hohen C. sonst aber nicht vonnöten sei. Die groteske Unleidlichkeit einer Frau, solches dem Manne, der sie degebet, der sie aber verflucht, vorzuschwärmen, dient natürlich nur dem einen Zweck, daß es dem Publikum vornehme, um dieses so kräftig "anzuregen", wie es das zu Preisen von etwa 2 bis 8 Mark verlangen darf.

Man kann solche Schweinecremen zwar gut und verhältnismäßig lustig spielen, zumal der Wiener Müller sich selbst gegen seine Gewohnheit einiges an sich Späße hat einfallen lassen, soweit es nicht anderen vor ihm eingefallen war; aber man kann keine Gestaltung, kein Gesäß auf Grund eines solchen Füterschirms her vorbringen. Der Unterschied zwischen Frau Käthe Dorsch und Frau Carola Toelle scheint u. a. darin zu bestehen, daß die Dorsch Grancos spielt, deren besetzte Routine sie zur Kunstschauspieldeliktheit während die Toelle sich mit einem Deutschen begnügt, dessen mit Tempti geplante Farces zu abest niemandem gegeben ist. Innerhalb dieses Milieus versteht sie es freilich, den Käsch in idealer Form zu stilisieren. Wie lächelt sie blond, wie läuft sie so blau, wie strampelt sie läßt, die holdeste Frau. Über wie die Dorothy Angermann so anständig spielen konnte, sollte lieber nicht auf Knallfischen reisen, sollte sich dem nicht zur Verfügung stellen, was hinter dünnen rosa Vorhängen von Gemüt nur für eine seife und unechte Gelheit gemacht ist.

Unter den anderen, die in einer recht lustigen, von dem jungen Staup verantwortlich gezeichneten Aufführung mitwirkten, prangte sich vor der zugigen der Brunn und dem recht forschen Böhm als großer Tenor Georg August Koch ein. Seine Lustigkeit, sein oft ganz zarter Humor, und seine derbe, massive Kindlichkeit reinigten die Atmosphäre, und seine heitere Ausforderung an ein so beschaffenes Publikum, ihn von hinten zu betrachten, war der tiefere Sinn dieses Abends.

Als Jennifer in Shaws "Träum am Scheideweg" hat Carola Toelle jüngst in Berlin verdiente Anerkennung gefunden. Für die schwierige Schlusscene fehlt freilich auch ihr noch jede Kraft, mit der einst auf Reinhardts Vorkriegstheater Till Durieux wirkte. In der heutigen Aufführung hat der Chirurg des Herrn Straube offenbar an Haltung gewonnen, ebenso wie Frau de Brum als Hauspfeiferin jetzt schon ein Mensch und keine bloße Schwatzelle mehr ist.

Kleine Chronik.

Ein Streit-Roman von Wells. H. G. Wells ist im Begriff, einen neuen Roman fertigzustellen, der unter dem Titel "Dennoch" die Geschichte des letzten englischen Bergarbeiters erzählt.

Neues Theater: Am 6. Mai finden im Neuen Theater unter der Leitung Brechers und Brückmanns zwei Uraufführungen statt, und zwar "Der Ruf des Meeres" von Henri Rabaud, dem Leiter des Pariser Konseratoriums (in Deutschland zuerst durch seine Oper "Mazouz" bekanntgeworden), und "Das Jahr vor mir" von Maurice Ravel.

Altes Theater: Das Schauspiel bereitet gegenwärtig die Erstaufführung von Ben Jonsons Komödie "Volpone oder Der Tanz ums Geld", frei bearbeitet von Stefan Zweig, unter der Leitung Alwin Knopfers vor.

Strix, die Geschichte eines Uhus.

Von Sven Kleuron.

Berichtigte Übersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann.

Copyright by Eugen Diederichs Verlag in Jena.

Die alten Tannen waren dahin, und die Einsamkeit und Waldseligkeit um ihre liebe alte Buche auch. Von ihrem ganzen eink so wilden Walde mit Sturmgedäns und Baumgeknoten waren nur noch einzelne zersterte Teile übrig, in denen sie früher nie hatte sein mögen. Ein niedriger Jungwald breite sich überall über den entwälzten Mooren und auf den offenen Stellen aus, und mystische, von Menschen geschaffene Laute hielten sie von Morgendämmerung bis Abend wach. Wo sollte sie nurbleiben?

Es wurde immer gefährlicher für Strix, hier im Walde umherzuschwirren. Die Jäger kamen oft mit Flinte und Hund hierher, und es wurden große Treibjagden abgehalten. Hätte sie das Leben nicht dies und jenes gelebt, und hätte sie nicht, beständig den Platz gewechselt oder sich unsichtbar gemacht, indem sie sich unter großen halbverfaulten Baumstümpfen und in alten, unbewohnten Hutsbauden verbsteckt, so würde es ihr nie gesungen sein, den Jägern zu entkommen.

Mehr und mehr ward es ihr klar, daß sie nun wieder weitermusste!

In ihren jungen Jahren war sie viel gewandert. Im Herbst und namentlich zur Winterszeit war sie in der Regel von dannonen gezogen und hatte nach Lust und Laune umhergestreift.

In späteren Jahren hatte sie sich nicht viel aus diesem Umherstreifen gemacht; sie war geblieben, wo sie war.

Aber nun zwangen die Verhältnisse sie von neuem.

Wohlan, so mußte sie denn fort; sie mußte sich eine neue und bessere Heimat suchen!

Um die Frühlingszeit werden die uralten Wundergräser nach Verlauf von Jahren wieder lebendig in Strix — in einer schönen Nacht überkommen sie sie plötzlich wie mit der Unbändigkeit eines Rieders.

Sie merkt, wie gleichsam ein Trieb, ein Verlangen in ihr aufsteigt. Es ist kein Hunger, nichts, was sie durch ihren Schnabel,

durch ihre Fänge bestreiten kann. Es wohnt anderswo als in ihrem Magen und schenkt auf eine eigene, innere Art. Sie wird unruhig, kann nicht schlafen, nicht still auf dem Zweig sitzen, sondern muß fortwährend mit den Augen zwinkern und die Flügel halb öffnen, wie zum Flug. Das Verlangen wächst und wächst, auf seine Weise genau so, wie der Hunger wächst... und so leicht sie denn, als der Vollmond blank am Himmel steht und das Licht auf der Landschaft liegt, wie in einem Rausch über den Waldeswipfeln auf und verschwindet.

Sie wandert, wie Hunderte von großen Uhus vor ihr gewandert sind, von den Menschen vertrieben; der Naturruhe und Einsamkeit entgegen, nach denen ihr Sinn stand. Gleich diesen vergangenen Vorfahren aus den ländlichen, leichten, verschwundenen Wäldern hat auch sie dieselbe Liebe, dasselbe innige Bedürfnis, sich auszuschieben, zu isolieren. Ich ging.

Von Natur ist niemand so ungesellig wie Strix; aber es ist doch, als wenn ihres Zeltasters Neherlu an Menschen lie — die lebt — noch weniger umgänglich gemacht hat.

Ruhe, Ruhe, leuchtet sie, wenn sie für sich leuchtet; Ruhe ist sozusagen eine Lebensbedingung für sie. Sie kann nicht atmen, nicht gedanken, wo wie hier Xylofon auf Xylofon fällt, wo Wagenrassel und Pferdegeschirr erschallt und Menschen und Hunde lärmten. Sie ist der Vogel der großen Einsamkeit!

Was die Sonne für die Blumen, ist die Naturruhe für sie; sie muß sie juchen, ihr nachsehen, wie man die Zweige der Bäume sich nach dem Wind krümmen und strecken sieht.

Sie wählt die Nächte zu ihren Flügen und hält sich am Tage still und verborgen in irgendeinem öden Winkel. Sie sitzt in einem Torshütten, in verlassenen Scheunen, in alten Kirchtürmen, die ganz allein liegen. Hier darf sie in der Regel in Frieden leben, niemand ahnt ihre Anwesenheit — groß genug ist sie ja; aber sie hinterläßt keine Spur! Es geht ihr nicht wie dem Hirsch, der, wohin er auch immer tritt, einen großen Abdruck seiner breiten Schalen hinterläßt, eine Spur, die eine Unzahl von Fußabdrücken und Hörnern verdeckt.

Das einzige, was Strix verrät, wenn sie zu lange an einem Ort verweilt, sind die weißen Raufkleider, die sie aus natürlichen Ursachen um ihren Sitzplatz verbreiten muss.

Aber sie ist schen und erfahren; sonst wäre es ihr schon längst

ergangen wie U., und sie wäre nie davor bewahrt worden, das Schicksal des großen Taa zu teilen.

8. Auf der Heide.

Der Schimmer des Tagesanbruchs liegt gleich einem ungeheuren Tautropfen und schaut über der Erde draußen am östlichen Horizont.

Strix ist geflogen und geflogen — Jetzt gewahrt sie in der Ferne Wald, sie sieht tuppelförmige Kronen und zahllose Anläufe zu Wipfeln — ein mächtiger Hochwald mit einer Wölbung neben der andern rundet sich lippig vor ihr empor.

Was sie erträgt, sind Heidehügel am Horizont, sind Hünengräber und Wacholderbüschle, die Bäume, an die sie gewöhnt ist. Wald löst die ferne Feste morgens sich auf — und das unheimliche Schwärzönne Heidebrautmeere gibt sich zu erkennen.

Noch ein ... und als die Sonne aufsteigt, wird das alles wieder von ihren wilden Streifzügen in ihrer Jugend — und sie steigt hinein in die Heide bis an eine tiefe Schlucht zwischen ein paar hohen, finsternen Hügeln, da läßt sie sich nieder und setzt den Fuß auf den trockenen, knirschenden, mit Kammiermoos bedeckten Boden.

Es durchsetzt sie, als sei sie senkrunken und erfüllt von dem mächtigen Paarungstrieb; ihr wird so munter und leicht, sie wird wild vor Freude ... hier ist noch die Erde in ihrer Ursprünglichkeit, weit offen mit Mooren und Sumpfen, mit Weide und Wacholder und dem Zug der Hügel, der in den Himmel übergeht; ein Niederricht Natur von ihrer Natur breitet sich vor ihr aus, mit Ruhe und Großzügigkeit, frei von den vielen Steinhaufen, aus denen immer Rauch und Dampf aufsteigen!

(Fortsetzung folgt.)

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 25. April.

Messebeginn.

Wenn die Messe beginnt, sind sie alle wieder da: Justerbäcker und Zuckerschlecker, Kasperle und Seiferts Oskar, Karussell und Tanzpalast, Schlosskinder und Portemoneeschinder, jüngster schwere Bellas und Allegorische Ultiputane, Hegen- schaukel und Höllenschluchten. Über trifft auch Ben Adlers Weisheitwort: „es ist alles schon mal dagewesen“ auf so manche „Welt- attraktion“ der Messe zu. Hachses Wider Tief war bei der vorigen Messe noch nicht da. Ein Motorwagen ist's, der seine Fahrt inlassen nach allen Regeln der Kunst durchschlängelt, sie bald hoch in die Luft stößt, bald unanzt auf den Boden staut, bald in wilder Fahrt fährt um ihre eigne Achse dreht. Wer's sehen und erleben will, muß selber geh'n.

Obwohl es manchmal Wochlein regnete, an Messebesuchern fühlte es nicht. Die Inhaber der Verkaufsstände werden es, dem noch zu spüren bekommen haben, obwohl auch in ihren Reihen, wenn der Regen einmal aussetzte, reges Leben und Treiben herrschte. Der Pottzellanmarkt steht in alter Größe da. Wenn Victor Schiff ihn sehen und gewahnen würde, wie vorsichtig man auch in Leipzig mit Porzellan umzugehen versteht, er würde seine Porzellanklüte-Theorie zu seinem größten Leidwesen eindringlich absurdam geführt sehen.

„Den einen in Uhl, ist den annern in Nachtigal“, sagt Tril Reuter. Während die Rezeugzölle an den Verkaufsständen das Geschäft lähmten, brachten sie es in den Messe-Restaurants und Wirtshäuschen zur Hochblüte. Tisch draußen bei Regen, so drinnen das Bier in Stühlen. Und als das Wetter sich wieder verzogen hatte, entwickelte sich überall wieder lebhafte Treiben bis zum Schluss. Der Leipziger läßt sich seine Messe nicht versiegen. Der erste Tag hat sich trotz der Ungnade des Wetters nicht schlecht angesessen. Drei Wochen dauert der Trubel. Wer Vergnügen daran findet, wird bis zum Schlusstage, 15. Mai, noch reichlich Gelegenheit finden, ihm nachzugehen.

Erweiterung des Schwimmbades Kleinjohochter.

Mit dem am 15. Mai des vorigen Jahres in Betrieb genommenen Fluss- und Quellbad an der Elster in Kleinjohochter sind ziemlich angenehme Erfahrungen gemacht worden, da es wegen mehrmaligen Hochwassers für den Badebetrieb wiederholt gesperrt werden mußte. Außerdem ist die Überzahl im Flussbad wegen der Krümmungen der Elster ungünstig, so daß der Bademeister nur einen Teil des Bades überleben kann. Die Schwimmfläche für Freischwimmer ist nur schmal, da die halbe Flughöhe für den Rudererwerb der benachbarten Sportvereine freigehalten werden muß. Der Rat hat nun den Einbau eines Schwimmbeckens eingehend geprüft und ist zu der Überzeugung gelommen, daß ein solches Schwimmbad, das unabhängig von dem Fluss hochwasserfrei auf dem jetzigen Badegelände erbaut werden würde, außerordentlich vorzüglich wäre und einen ungestörten Badebetrieb ermögliche.

Das zu erbaudende Schwimmbad soll neuzeitlich eingerichtet werden. Es wird im Fluss 50x30 Meter groß werden, einen Sprungturm und zwei Brausehäuschen erhalten und durch einen zwischen dem Becken einzuhängenden Balken in eine Schwimmer- und eine Nichtschwimmer-Abteilung getrennt werden können, so daß das Becken auch sportlichen Veranstaltungen dienen kann. Für die Kinder soll ein besonderes Planschbeden errichtet werden. Das Becken soll mit einwandfreiem Grundwasser gefüllt werden, so daß es nicht vom Flusswasser abhängig ist. Die Arbeiten sind bereits in Angriff genommen: Nach dem Urteil des damit beauftragten Ingenieurs kann das Bad binnen drei Monaten betriebsfertig werden. Während der Bauarbeiten muß das Bad geschlossen bleiben. Der Rat erucht die Stadtverordneten um Zustimmung und um die Bewilligung von 163 500 Mark.

Hans Kunterbunt.

Unsere Kinderzeitung, der Kinderfreund, hat es den L.A.N. angetan. Das freut uns aufrechtig; denn immer, wenn die Redaktion über ein Stück unserer Arbeit schwimmt, ist das ein Beweis, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Und weil das im geheimen die Herzstiftung längst eingesehen haben, und weil sie wissen, daß es nichts Gefährlicheres für den Besitz der bürgerlichen Weltordnung gibt als die echte Ausbildung der Jugend, deshalb haben sie schließlich eine Kinderzeitung geschaffen, die wenigstens bei den ihnen zugänglichen und ausgelieferten Bürgerjugend dem gefährlichen Kinderfreund entgegenwirkt soll. Diesem ist das Ding äußerlich gänzlich nachgemacht, hat ungefähr das gleiche Format und ist bunt; daher der Name „Hans Kunterbunt“. Die Ähnlichkeit mit dem Kinderfreund ist aber nur äußerlich. Das geistige Gesicht des Hans Kunterbunt ist das der „Nachrichten“, wenn es überhaupt erlaubt ist, im Zusammenhang mit diesen noch von einem Gesicht und von Gesicht zu reden.

Hans Kunterbunt ist eine schlechte Kinderzeitung. Nicht etwa, weil er bei Edgar Hirsch erscheint und wie auf alles, was von dort kommt, „heftet“, wie der L.A.N. sagen. Sondern überhaupt. Die Bilder zwar sind ganz geschickt und nett im Stile der modernen Kästchenplakate gemacht und gingen zur Not an. Aber der Text ist größtenteils lächerlich, einsätzig, stotternd, kindlich, halbkinderlich, beständige angepaßt. Wer sich nütz und lustig gibt, hat eben noch lange nicht das Zeug zum Jugendpsychologen. Auch nur als bürgerliche Kinderzeitung gewertet, ist „Hans Kunterbunt“ mangelhaft, wobei von der politischen Bewertung abgesehen ist.

Diese Mangelhaftigkeit erscheint aber sofort als notwendig und bedingt, wenn wir uns nunmehr den Fall einmal von der politischen Seite ansehen. Alle Erziehung ist politisch, weil gesellschaftliche Angelegenheit. Deshalb ist auch eine „armlose“ Kinderzeitung stets und immer ein politisches Medium; denn sie will den Kinderleser positiv oder negativ in irgendeinem für bestimmte Gesellschaftsschichten wünschenswerten Sinne lenken, lenken, beeinflussen. Dies als Selbstverständlichkeit für einen geschulten Arbeitersleher vorausgesetzt, verstehten wir plausibel, weshalb bürgerliche Kinderzeitungen fast alle mehr oder minder mangelhaft sein müssen. Hans Kunterbunt erfüllt nämlich beim Spiezerpreisling die gleiche Funktion, wie sein großer Bruder,

die „Nachrichten“, beim inzwischen ausgewachsenen Bourgeois. Beide Blätter sind bunt, amüsant, stottrisch, sensationell (wie sie's aussagen); beide beschäftigen ihre Leser zumeist mit „unpolitischen“ Stoffen und beide verbünden damit tiefere Einsichten in das wahre Geiste, in die wirklichen Zusammenhänge unserer kapitalistischen Welt. In der gibt es nämlich nichts Unpolitisches. Niemand braucht sich zwar um die Politik zu kümmern; die Politik kümmert sich um ihn und nicht ihr Subjekt ist, bleibt doch jederzeit ihr Objekt. Kein Nachrichtenleser braucht sich um die Politik der deutschen Reaktion zu kümmern; es genügt, die zugehörige Presse zu lesen, um mittschuldig zu werden. Hans Kunterbunt den kleinen L.A.N. den großen Kindern. Beide Blätter sind Erziehungsmittel, aber beides keine unpolitischen!

Hans Kunterbunt heißt mit zivilem Namen Dr. phil. Erhard Lenz und ist Studienprofessor in Leipzig. Auch er ist ein „Unpolitischer“, der, obwohl Pädagoge, die Zusammenhänge zwischen Politik und Pädagogik entweder überhaupt nicht kennt oder überseht. Obgleich ihm die Ansicht der L.A.N. Lust sein wird, so klemmt sich diese doch um ihn (siehe oben!) und tut ihm, einmal über diese Zusammenhänge nachgedacht, „Es gibt auch diesbezügliche Literatur, die wir ihm gerne auf Wunsch nennen, wie beispielweise

wahrnehmen, daß er halten kann, vorausgesetzt, daß er nicht bereits halten müßte, um Fahrgäste abzusehen. Will der Fahrgärt ein Übriges tun, so hat er immer noch die Möglichkeit, dem Führer zuzuwinken, um ihn besonders darauf aufmerksam zu machen, daß er mitfahren will.

Gustav Orbel 70 Jahre alt.

Am heutigen Tage wird Genosse Gustav Orbel 70 Jahre alt. Fast fünf Jahrzehnte steht er in der sozialistischen Arbeiterbewegung und hat ihr auch in den schwersten Zeiten treu und unerschrocken gedient. In all dieser Zeit hat er sich reiche Erfahrungen angeeignet, die sein Wirken in der Arbeiterbewegung fruchtbar gestaltet. Genosse Orbel genoß große Achtung und größtes Vertrauen in der Leipziger Parteiorganisation. Schon 1881 handeln ihn die Leipziger Parteigenossen als Delegierten zum internationalen Kongreß nach Kopenhagen. Auch vertrat er schon in früheren Jahren die Interessen der Arbeiterchaft im Gemeinderat in Plagwitz. Später fand er Anstellung im Konsumverein Leipzig-Plagwitz und wirkte auch dort vorbildlich. Möge sein Wirken für die jüngeren Generationen ein Vorbild sein. Unserm alten Kämpfer aber wünschen wir noch einen recht gesunden und frohen Lebensabend.

Über ein und eine Viertelmillion Spielkinder auf Leipziger Schreberplätzen.

Vom Kreisverband der Schreber- und Gartenvereine wird uns geschrieben: Für Leipzig liegt nun das Endergebnis der Berichtslisten für Jugendpflege aus dem Jahre 1926 vor. Interessant ist das Anwachsen der Spielkinderzahlen seit 1924. In diesem Jahre zählten wir 887 081 Spielkinder, 1925 945 533 und im vergangenen Jahre 1 280 691. Mit dem Vorjahr verglichen, ergibt das allein eine Zunahme von 340 558 Kindern. Die Zahl der Spielstätte weist mit 11 902 eine Zunahme von 1470 gegen das Vorjahr auf; die Wanderungen ergeben mit 1055 im Jahre 1926 ein Mehr von 278 gegen 1925; die Badegänge mit 1044 haben um 305 zugenommen, die Zahl der Badekinder mit 37 837 um 6471. Gepeist wurden 12 564 Kinder (+ 387); Spiegelsetzungen gab es 2037 (+ 211); Vorträge 138 (+ 38). 13 Vereine unterhielten Eisbahnen (+ 5); 8 Vereine Planschbeden (+ 3); Kindertorträte hielten 63 Vereine (+ 10).

Etwas zurückgegangen ist die Zahl der Jugendgruppen mit 43 (- 3); desgleichen die Zahl der Christbetrügerungen mit 103 (- 11); Kindergartenunterhalte 9 Vereine (+ 1); Beschäftigungsfürst 55 (+ 10); Büchereien 34 (+ 2); Leibesübungen 45 (+ 7); Gartenspflege mit Kindern trafen 15 Vereine (+ 3); Horte hatten 8 Vereine (- 2); Sängerabteilungen 38 (+ 3). Die Gesamtausgaben für Zwecke der Jugendpflege liegen von 166 556,98 M. im Jahre 1925 auf 166 707,50 M. im Jahre 1926. Fast 200 000 M. brachten somit die Leipziger Kleingärtnerei für ihre Jugendpflege auf. Immer größer wird die Zahl der Gartenvereine, die Jugendpflege - treiben. 1926 reichten 119 Jugendpflege treibende Vereine ihre Berichtslisten ein; wiederum eine Zunahme von 4 Vereinen gegenüber 1925. Ob diese Tatsache nicht auch untere Behörde veranlassen wird, diesem Opferstift durch weitgehende Unterstützung der Schreberjugendpflege Rechnung zu tragen?

Um 7. und 8. Mai findet in Dresden die erste Tagung der Schreberspielleiter Sachsen statt. Auf allen Leipziger Spielplätzen beginnen nun die Schreber Spiele. Während der Ferien werden Wanderungen unternommen.

Ergebnis der Wahl der Delegierten zum Kieler Parteitag der Sozialdemokratischen Partei:

	Stadt	Land	Großherzogtum	Elster	Thüringen	Sachsen	Württemberg	Baden	Bayern	Hessen	Niedersachsen
Giebitz	83	140	27	123	53	816	96	1344			
Schmidt, Louis	113	288	41	135	78	1018	96	1772			
Böhle	129	659	82	194	96	459	157	1776			
Heidmann	283	778	218	397	249	870	374	3081			
Pötzsch	81	689	45	168	45	217	90	1275			
Smäler	191	722	63	180	113	637	220	2215			
Ties	105	279	53	141	72	313	252	1215			
Hebris	82	204	43	100	53	233	156	571			
Wiegweg	67	185	38	85	35	203	185	708			
Frenzel	275	694	96	282	204	802	328	2851			
Königer	169	132	24	115	55	208	62	765			
Krebsen	180	408	51	158	128	538	282	1710			
Jungbans	116	270	48	263	69	341	80	1187			
Kiehl	134	210	54	259	111	331	118	1207			
Krentag	252	850	89	244	248	767	317	2467			
Müller, Gustav	190	458	54	185	237	509	210	1843			
Leibmann	81	106	38	84	220	299	110	938			
Bauer	194	472	78	226	196	412	209	1786			
Holdt	71	123	16	70	41	131	182	634			
Borchgolt	48	60	10	45	43	378	17	509			
Macfeld	16	36	5	20	14	341	13	533			
Schilling	18	325	6	36	18	49	16	568			
Schubert	236	747	111	209	215	868	314	2720			
	83	119	24	76	35	165	132	618			

Gewählt sind die Genossen Liebmann, Frenzel, Jungbans, Nebrig, Schäfer, Gustav Adolf Müller, Böhle und Schmidt. Von den Genossen sind gewählt: Schilling und Bauer.

Die Wahlzahlen einiger Ortsvereine stehen noch aus, werden aber an dem Gesamtergebnis nichts Wesentliches ändern.

Fünfzig Kleinstafroschken.

Wie der Troschkenverein der Presse mitteilt, werden im Laufe der nächsten Woche 10 Kleinstafroschken in den Verkehr kommen. Vom Polizeipräsidium ist auf Antrag des Troschkenvereins weiter genehmigt worden, daß für etwa 40 Großafroschken älteren Typs 40 Kleinstafroschken in Betrieb gestellt werden können, so daß in Kürze in Leipzig circa 50 Kleinstafroschken vorhanden sein werden. Die Kleinstafroschken erhalten grüne Lackierung und sind nur für zwei Personen eingerichtet. Die Grundlage für Kleinstafroschken beträgt 50 Pf., während bei den Großafroschken die Grundlage auf 80 Pf. festgesetzt ist.

Nicht auf der Fahrbahn erwarten.

Nach der Verkehrsordnung sollen die Fahrgäste der Straßenbahn an den Haltestellen die Straßenbahnwagen aus dem Fußwege oder auf den Haltestelleninseln erwarten und die Fahrbahn erst kurz vor dem Einstieg überqueren. Diese Vorchrift wurde zum Schutz der Straßenbahn-Fahrgäste erlassen. Leider muß aber immer wieder festgestellt werden, daß diese Vorchrift nicht in der erwarteten Weise beachtet wird. Die Fahrgäste der Großstadt müssen sich daran gewöhnen, daß die Fahrbahn dem Fußverkehr dient und daß sie bei ihrer Benutzung aus dem sonstigen Verkehr die erforderliche Rücksicht nehmen müssen. Verlangen sie doch auch mit Recht für sich das alleinige Benutzungsrecht der Fußwege. Der Fahrgärt, der die Straßenbahn auf dem Fußweg erwarten, braucht erst kurz vor dem Einstieg des Straßenbahnwagens in die Haltestelle die Fahrbahn zu betreten. Der Führer wird ihn dann immer noch so zeitig

geleitet werden müssen.

Schlängelstirierung im Zoo! Am Mittwoch, den 27. April, abends 7 Uhr, werden im Zoologischen Garten die Riesenschlangen gefüttert. Der Juillet zum Terrarium ist in dieser Zeit nur erlaubt. Interessenten gegen eine besondere Gebühr gefüllt.

Elternabend, 29. April, Schule. Mittwoch, abends 1/2 Uhr, im Schulsaal: „Was erwarten die Schule vom Elternhaus?“ (Herr Lehrer Gentzsch).

Bund Sozialistischer Freidenker - Bezirk Leipzig

Alt-Leipzig seit Montag, den 25. April, abends 1/2 Uhr. **Dessentliche Versammlung**. Referent: Reichstagabgeordneter Gen. Flechner: „Kirche und Staat“

Q.-Modau seit Montag, den 25. April, abends 1/2 Uhr. **Dessentliche Versammlung**. Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Arzt: „Kirche und Staat“

Wind.-Plagwitz-Schleußig seit Montag, den 26. April, abends 1/2 Uhr, im Zeltsteller. **Dessentl. Versammlung**. Referent: Gen. Krenn (Wien) „Mein Kirchenausritt“

Wo rust die Pflicht?

Ortsvereinsvorstände der SPD. Groß-Leipzig.

Einige Resultate der Urwahl und Werbewoche fehlen noch.

Bitte versäumes bis morgen Dienstag, früh, nachzuholen.

Secretariat.

Funktionäre.

Bezirksleiter-Konferenz Dienstag, abends 8 Uhr. Alle

pünktlich erscheinen.

Alt-Leipzig, Westen I. Morgen Dienstag, 8 Uhr, bei Donath.

Keiner darf fehlen.

Frauen.

Südterry. Dienstag, den 26. April, abends 8 Uhr, im Brauereigarten, Vortrag der Genossin Beria Thiel „Die Frau als Kampfgenossin des Mannes“.

Plagwitz-Lindenau-Schleswig. Montag, den 25. April, abends 8 Uhr, in Schloß Lindenfelde, Vortrag des Genossen R. Koppisch über Körperfaktur.

Gohlis. Dienstag, den 26. April, abends 8 Uhr, im Niedau-Ausflugsbad, Ausprachabend über „Sexual- und Eheberatung.“

Nordau. Dienstag, den 26. April, besuchen wir den Ausprachabend in Gohlis. Treffen 7 Uhr an der Hermannstraße.

Gohlisch. Montag, den 25. April, abends ½ Uhr, im Gosenhöfchen, Geselliger Abend. Für Unterhaltung ist gesorgt. Gäste sind willkommen. Agitationsmaterial ist mitzubringen.

Cosnewig. Dienstag, den 26. April, abends 8 Uhr, im Feldschlößchen, Vortrag des Genossen Vogel über das Sommer- und Schuhgeschäft.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Südost. Morgen Dienstag, ½ 8 Uhr abends, Helferstaltung in der Thonberger Bibliothek.

Schönfeld. Dienstag, abends, Helferstaltung im Heim. Dienstags, nachmittags von 3 Uhr an, gemeinsames Spielen im Heim, Robert-Blum-Straße 19.

WFT.

Funktionärsschule. Morgen Dienstag, 7 Uhr, Kartesaal: Kursus Spieler: Geschlecht; ½ 8 Uhr, Mittelsaal: Kursus Röm.mann: Philosophie.

Bibliotheksfestigung. Morgen Dienstag, ½ 8 Uhr, Mittelsaal.

Reichshanner Schwarz-Rot-Gold.

Abteilung 6. Heute Montag, abends 8 Uhr, Monatszusammenkunft im Ostende. Vortrag.

Zwentau (Reichskammer). Morgen Dienstag, 8 Uhr, in der Sommerlust, Generalversammlung. Alles erscheinen.

Polizeimeldungen

Schlägerei auf der Straßenbahn. Wie bereits von einigen Tageszeitungen gemeldet wurde, hat sich am Mittwoch, dem 20. April, abends in der 9. Stunde, auf einem Motorwagen der Straßenbahnenlinie 1 eine Schlägerei entwickelt. Nach den von der Kriminalpolizei sofort aufgenommenen Erklärungen und Vernehmungen einer Anzahl von Zeugen liegt die vom Vorgang folgenden Tatbestand zugrunde: Ein junger Mann fuhr mit der Straßenbahn von seiner Arbeitsstelle nach seiner Wohnung. Er stand auf der vorderen Plattform des Motorwagens. Vor der Haltestelle der Berliner Straße ging auf einmal die vordere Tür des Motorwagens auf. Die Tür stand halb offen. In dem Glauben, daß er sie aufgehoben habe, bot ihn der Führer des Straßenbahnwagens, die Tür zu schließen. Kaum hatte er dies getan, so wurde sie auch schon wieder von einem Fahrgäste von innen aufgerissen, der zugleich dem jungen Manne mit einem harten Gegenstande, vermutlich einem Spazierstab, mehrere Schläge auf den Kopf versetzte. Diesem wurde es hierdurch unwohl. Als er einigermaßen wieder zur Besinnung gekommen war, bemerkte er vier Personen, zwei Männer und zwei Frauen, die auf ihn einschlugen. Sie bearbeiteten ihn mit Stöcken, und eine der Frauenspersonen schlug mit der Hand oder mit ihrer Handtasche auf ihn ein. Der Angegriffene flüchtete in das Innere des Wagens, wohin ihm die vier Personen folgten. Er sprang von der hinteren Plattform des Wagens ab. Die vier Beschuldigten verfolgten ihn unter fortgesetzten Bedrohungen und lautem Rufen: „Halte ihn!“ In der Parthenstraße wurde er von einem Herrn festgehalten, der nicht wußte, um was es sich handelte. Inzwischen war die Straßenbahn und seine Verfolger, zu denen sich mehrere Personen gesellt hatten, herangekommen. Er sprang wieder auf diesen Wagen, um sich der Verfolgung zu entziehen. Daraufhin haben die Beschuldigten die Straßenbahn angehalten, diese bestiegen und erneut auf den jungen Mann eingeschlagen. Hierbei hat eine der beschuldigten Frauenspersonen ihre Handtasche verloren, die aber im Innern des Wagens wiedergefunden wurde. Das Personal der Straßenbahn vermochte nunmehr, die Parteien, die sich gebildet hatten, zu trennen. Die Beschuldigten verließen den Wagen und gingen nach der Goethestraße zu, wo sie festgenommen werden konnten. Der Verlehrte ist mit dem gleichen Straßenbahnwagen nach seiner Wohnung weitergefahren. Er mußte sich in ärztliche Behandlung geben. Die Beschuldigten behaupten, daß der junge Mann sie nicht aus dem Wagen durch die vordere Tür herausgelassen habe. Wenn auch die Beschuldigten wegen ihres roben Benehmens ihre Bestrafung zu gewünschen haben, so ist die Ursache dieser wilden Schlägerei offenkundig auf das Mißverständnis zurückzuführen, daß der Geschlagene die Tür im guten Glauben hat schließen wollen, die von einem der Beschuldigten geöffnet worden war, um vom Verbarpern des Wagens abzusteigen. — Kleine Ur- lachen — große Wirkungen!

Veranstaltungskalender

Dienstag, 26. April.

Holzarbeiter-Verein (Delegierte und Betriebsräte der Möbelindustrie). Volkshaus, 5 Uhr.

Bund sozialistischer Freidenker, Ortsgruppe Lindenau-Plagwitz-Schleswig. Helfenkeller, ½ 8 Uhr.

Sächsische Angelegenheiten

Die Rechtslosmachung der Untermieter.

Unter dieser Überschrift sendet der 2. Vorsitzende des Reichsverbandes deutscher Wohnungslosen- und Untermietervereine, Herr Hans Vogel aus Dresden, der Presse einen Artikel, den wir mit einigen Kurzungen im folgenden abdrucken:

„Laut Verordnung der sächsischen Bürgerbladregierung vom 6. April werden alle die Untermieterverhältnisse, die nach dem 1. Juli 1927 gegründet werden, von den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes (RMG.) und des Mieterschutzgesetzes (MSG.) ausgenommen.

Das bedeutet, daß denjenigen, die nach diesem Zeitpunkt neu in Untermiete ziehen oder auf Grund eines gerichtlichen Räumungsurteils oder aus sonstigen Gründen ihre Untermieterräume wechseln, frei gefündigt werden kann. Auch ist es in diesen Fällen zulässig, daß Mieter gefordert werden, die weit über die gesetzliche und auch ortsübliche Miete hinausgehen.

Die sächsische Staatskanzlei sagt in dem Schreiben, das sie der Tagessprecher hat zugesehen lassen, daß die in der Verordnung getroffenen Förderungsmaßnahmen weit weniger einschneidend seien, als in den andern Ländern, weil in Sachsen der Umfang der Wohnungsnutzung ein besonderes Vorgehen erfordere. Also schonend muß vorgangen werden, damit die davon Betroffenen nicht Schaden erleiden, und dennoch wird eine solche Schandvoerordnung erlassen, ohne den Organisationen vorher Gelegenheit zu geben, zu dem Entwurf Stellung zu nehmen. Aber auch der sächsische Landtag ist zu der einschneidenden gesetzlichen Maßnahme nicht gehört worden.

Wohl hat er sich in mehreren Sitzungen mit der Förderung der Zwangswirtschaft beschäftigt und durch die Vertreter der Oppositionsparteien erklärt lassen, daß in der Zeit, wo die Wohnungsnutzung noch geradezu verheerend ist, an eine Milderung weder der Wohnungsmangelverordnung, noch des RMG. oder MSG. gedacht werden kann. Die Regierungsparteien jedoch hielten sich zu dieser Frage, mit Ausnahme des hellblauen Bezirks, in Schweigen, weil sie ja wußten, daß die Regierung eine Verordnung, erlassen würde, die ihren augenfällig erreichbaren Wünschen entsprechen dürfte. Als dann der Landtag in die Osterferien geschieden war, und mancher der Herren Abgeordneten bereits Osterferien hielten, legte der auch sozialistische Minister Eisner dem sächsischen Volke das Osterfest in Gestalt der neuen Verordnung vor. Festgestellt muß aber vor aller Öffentlichkeit werden, daß diese Verordnung mit Hilfe aller Regierungsparteien, einschließlich der Demokraten, Auswerter und USPD, das Nicht der Welt erblickt hat.

Die sächsische Verordnung des angeblich sozialistischen Ministers Eisner ist zu einem großen Teil der preußischen Verordnung vom 11. November 1926, die Freigabe der Gewerberäume betreffend, entnommen worden. Während der bürgerliche preußische Minister Hirthe in seiner Verordnung die Untermieter von leeren Räumen nicht aus dem Mieterschutz herausnimmt, ist es seinem sächsischen Ministerkollegen gelungen, sie sich in Anspruch zu nehmen (meines Willen), der erste in Deutschland zu sein, der erbormungslos sämtliche Untermieter nach dem 1. Juli d. J. der Willkür der Vermieter ausliest. Der Dank seiner bürgerlichen Koalitionsfreunde dürfte Herrn Eisner sicher sein, und es steht zu erwarten, daß, wenn der Reichstag das Gesetz über die Verleihung von Titeln und Orden genehmigt hat, Herr Eisner der erste sein wird, dessen Brust mit der goldenen Verdienstmedaille geschmückt wird.

In Sachsen sind nach Angabe der Regierung laut Mitteilung der Dresdner Bürgerzeitung (Hausbesitzerzeitung) nach der Wohnungszählung 30.026 zweiflüglige und 44.879 breit- und mehrflüglige Familien ohne eigene Wohnung, das sind insgesamt 83.905 Familien. Da aber die Zahl der doppel- und mehrflügligen Familien größer ist als die Zahl der zweiflügligen, geht man nicht zu hoch, wenn man den Familiendurchschnitt auf 2,75 Köpfe festlegt. Dieses würde bedeuten,

dass in Sachsen zur Zeit 220.738 Personen zur Untermiete wohnen.

Dass der Prozentsatz der gerichtlichen Klagen gegen Untermieter bedeutend höher ist als gegen Wohnungsinhaber, ist den verantwortlichen Stellen kein Geheimnis. Wo sind die Untermieter, die nach Erklärung der gesetzlichen Miete mit ihrem Vermieter noch in gutem Einvernehmen leben? Kein Mensch wird glauben, daß auch nur ein Untermieter länger zur Untermiete wohnen bleibt, als unbedingt notwendig ist. Die Untermieter sehen sich fakt durchgängig nur aus Nebenstellen, Angestellten und kleinen Beamten zusammen. Die begüterten Kreise sind in der Lage, die erforderlichen Baukostenzuschüsse zu geben, um eine beschlagsame Wohnung zu erhalten.

Um noch recht viele Zimmer dem Untermietermarkt zu erschließen, erlich die sächsische Regierung die Verordnung vom 12. Juni 1926, wonach Räume, die nach dem 1. Juni 1925 das erstmals untermieterweise abgegeben werden, nicht mehr dem RMG. und MSG. unterliegen, sofern eine Befreiung der Gemeindebehörde ausgestellt wird. Einzelne Gemeinden gewähren den Vermietern sogar Prämien, um dadurch mehr Räume dem Untermietermarkt zu erschließen. Am Rand der Verherrlichungen, die ausgestellt werden sind, wäre es der Regierung leicht gewesen, festzustellen, daß die Zahl der dadurch gewonnenen Zimmer äußerst gering gewesen ist.

Ein falsches Bild über die Zahl der vorhandenen Zimmer haben allerdings die marktschreierischen Anpreisungen der Vermittlungsbuscous gegeben. Hierbei ist in Betracht zu ziehen, daß ein großer Teil jener Buscous es mehr auf die Erlangung von Geld als auf die Unterbringung der Auftraggeber abgesehen hat.

Im Juli werden sich die Räumungspläne gegen die Untermieter vor den Richtergerichten häufen, da jeder Vermieter danach trachten wird, daß die Räume, die er untermieterweise abgibt, aus den gesetzlichen Bestimmungen herausgenommen werden, und er über die Räume frei verfügen kann. Langen die Gründe zur Aufhebungsklage nicht aus, so wird der Untermieter so lange schikanieren, bis er das Feld freiwillig räumt und so dem Vermieter hilft, zu seiner freien Verfügungsberechtigung verholfen. Es wird doch kein Mensch ernstlich glauben, daß Vermieter Untermieter mit Kindern, oder wo die Chefräume der Untermieter kurz vor der Niederkunft stehen, länger behalten wird, und sich dadurch seinen Mehr-

verdienst entgehen läßt, der ihm mühselos zufällt, wenn er die Räume anderweitig mit einem bedeutend höheren Erlös vermieten kann. Andere Vermieter werden die Verordnung dazu benützen, um wohl den Untermieter wohnen zu lassen, ihm aber eine bedeutend höhere Miete abzulöpfen.

So wird der 1. Juli 1927 der schwärzeste Tag für die sächsischen Untermieter werden, weil sie an seinem Tage auch der geringsten Rechte verlustig gehen, die sie bis dahin noch besessen haben. Nach kurzer Zeit wird auch der letzte Untermieter sein Quartier verlassen müssen, in dem er am 1. Juli noch polizeilich gemeldet war. Frei ist dann Sachsen von jeglichem Schutz für Untermieterräume, und die Regierung kann den nächsten Vorfall aus weiteren Vorfällen der Zwangswirtschaft unternehmen. Sachsen, freies Land der Erde, du wirst bald den Ruhm für dich in Anspruch nehmen dürfen, das Land zu sein, wo wieder die vielgepreiste Freiheit in der Wohnungswirtschaft herrscht.

Die Stellungnahme seitens der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei zu der Verordnung mag zu verstehen, wenn auch nicht zu bewilligen sein. Wo aber bleibt das Verantwortungsgefühl der Demokraten, die behaupten, Nachfolger ihrer Väter Demokraten zu sein, die ein freileibliches Bewußtsein während des Krieges auf die Befreiung trafen, um dadurch eine freie Verfassung dem deutschen Volke zu geben. Über auch die vier Männer der USPD, die in diesem Landtag als übermerkliches Werk der Partei der Dreifundzwanzig übrigblieben, zeigen durch die Zustimmung an der Schandvoerordnung, daß sie Gedankenahme mit den proletarischen Schichten verloren haben.

Doch alle diese Parteien sind Regierungsparteien und haben ihre Bevölkerung auf den Ministerien sitzen. Was hindert aber die Auflösungspartei, gegen diese Verordnung einzutreten, die doch keinen Minister haben? Die Leute, denen jedes politische Widerstandsgefühl fehlt, werden wegen der Erhaltung ihrer Macht, auf Geheiß des Herrn Blüher, des ungekrönten Königs von Sachsen, den Erfolg dieser Verordnung zugesagt haben, unbehoben der Belange ihrer Wähler.

Die kleinen Massen des sächsischen meistigen Volkes haben von diesem Landtag nichts zu erwarten. Sie müssen danach trachten, daß dieser Landtag bald für immer nach Hause geschickt wird. Es steht zu erwarten, daß von den Oppositionsparteien ein Antrag eingebracht wird, wonach die Verordnung wieder aufgehoben werden soll. Auf Grund der Einsicht des sächsischen Landtags ist kaum zu hoffen, daß dieser Antrag angenommen wird, da vier Abgeordnete aus dem bürgerlichen Lager oder von der USPD notwendig wären, um denselben zur Mehrheit zu verhelfen. Rastlos müßte es allerdings sein, wenn dieser Antrag durch namentliche Abstimmung erledigt werden könnte, damit die Wähler sehen, was ihr Abgeordneter für eine Stellung zu dieser Verordnung einnimmt.

Die Abteilung Sachsen des Reichsverbandes Deutscher Wohnungslosen und Untermieter-Vereine hat vor Erlass der Verordnung allen Ministerien und Parteien Denkschriften augehen lassen und sich auch bereit erklärt, in einer mündlichen Aussicht den nötigen Aufschluß zu geben. Die meisten Eingaben sind überhaupt nicht beantwortet worden; es erfolgte die Mitteilung, daß davon Kenntnis genommen werden sei.

In dieser Stunde, wo uns droht, daß uns die Gefahr über dem Kopf zusammenstülpt, gilt es, die gesamten Untermieter und Wohnunglosen im ganzen Lande zu organisieren und zu einheitlichem Handeln zu veranlassen. Wo noch keine Organisationen der Untermieter und Wohnunglosen bestehen, müssen diese neu gegründet werden. Diese Organisationen haben sich aber nicht auf die Seite der Hausbesitzer zu stellen, sondern sie haben mit den Mietbewohnervereinen Hand in Hand zu arbeiten, genau so, wie es die Zentralorganisation tut.

Nur durch ein schnelles, einheitliches, geschlossenes Handeln und durch Erhebung der Stimme in der Öffentlichkeit wird es möglich sein, daß wir den 1. Juli nicht mit Grauen erwarten brauchen.“

Die Erwerbslosigkeit in den drei Großstädten Sachsen.

Die Zahl der Erwerbslosen hat in den ersten drei Monaten des Jahres 1927 bedeutend abgenommen. Von den drei sächsischen Großstädten hat Chemnitz die günstigsten Zahlen aufzuweisen. Dann folgen Dresden und Leipzig. Im einzelnen sind die Zahlen folgende: In Leipzig waren am 31. Dezember 1926 38.820 Arbeitssuchende und 29.853 Erwerbslosenunterhaltungsempfänger vorhanden. Am 31. März 1927 stellten sich die Zahlen auf 20.018 bzw. 22.713, das bedeutet eine Abnahme von 22.67 bzw. 21,28 Prozent. Für Dresden liegen die Zahlen am 31. Dezember 1926 auf 38.417 bzw. 28.080, am 31. März 1927 auf 28.006 bzw. 19.558, mitin Abnahme von 32,58 bzw. 30,35 Prozent. Für Chemnitz am 31. Dezember 1926 auf 10.101 bzw. 14.813, am 31. März 1927 10.209 bzw. 7.630, mitin Abnahme um 46,56 bzw. 46,73 Prozent.

Allgemeine Deutsche Arbeitsnachweisung 1927 in Dresden.

Die von den deutschen Landesarbeitsämtern im Einvernehmen mit der Reichsarbeitsverwaltung veranstaltete Allgemeine Deutsche Arbeitsnachweisung 1927 vom 2. bis 4. Juni 1927 in Dresden wird unter dem Leitungsbogen stehen: Das Wirken der öffentlichen Arbeitsnachweisung im Dienste der Wirtschaft. Über die Berufssicherung im Dienste der Wirtschaft werden Professor Dr. A. Fischer, Universität München, und Dr. von dem Bussberg, Berufsamt Köln, über die Arbeitsvermittlung im Dienste der Wirtschaft werden Professor Dr. Kehler, Universität Leipzig, und Direktor Dr. Reichmann vom Deutschen Arbeitsnachweis Dresden und Umgebung sprechen. Die Berichterstattung über die Fragen der Arbeitslosenhilfe im Dienste der Wirtschaft hat Geh. Rat Dr. Weigert vom Reichsarbeitsministerium übernommen.

Die Ausweilung des Roten Geigers.

Wie die kommunistische Presse mitteilt, ist der Rote Geiger Soemris nicht aus Dresden, sondern aus dem ganzen Freistaat Sachsen ausgewiesen worden. — Wenn diese Mitteilung den Tat- sachen entspricht, kann die Ausweilung nur im Auftrage der Regierung erfolgt sein. Voraussichtlich wird sich der Landtag mit der Sache zu beschäftigen haben.

Ende der Landtagssitzungen. Der Landtag tritt am 26. April zu seiner ersten Sitzung nach den Osterferien zusammen.

Der Waschteufel freut sich seines Sieges in Leipzig

Infolge vieler Anfragen seitens Leipziger Hausfrauen, wann die Vorführungen des „Waschteufels“ fortgesetzt würden, sowie von verschiedenen Vereinen geforderte Separatvorführungen habe ich mich entschlossen, nochmals den „Waschteufel“ in Leipzig praktisch vorzuführen und setze hiermit ein nochmaliges

Probewaschen

am Dienstag, dem 26. April
am Mittwoch, dem 27. April
am Donnerstag, dem 28. April
am Freitag, dem 29. April

Vorführungszeiten:
vormittags 11 Uhr und
nachmittags ½ 4 Uhr und
abends ½ 6 Uhr

in **Käblers Festsaal**
Volkmarstraße, Elisabethstr. 13, und
Felsenkeller Heinrichstraße

Waschteufel Schmutzige Wäsche, vor allen Dingen Stärkewäsche, bitte mitbringen.

Jetzt zeigt es sich erst richtig, wie sich eine gute Sache von selbst empfiehlt. Täglich kommen Kunden zu mir und kaufen den „Waschteufel“ lediglich auf Empfehlung. Was meinen „Waschteufel“ so beliebt macht, ist in erster Linie das **restlose Herausholen des letzten Schmutzfleckens aus der Wäsche, die außerordentlich schonende Behandlung der Wäsche und die enormen Zeit- und Salbensparnisse**. Darum mein Erfolg! Darum die Zufriedenheit meiner Kundenschaft! Darum besuchen auch Sie diese nochmaligen Probewaschen, denn alle Damen müssen den „Waschteufel“ in Tätigkeit

</

Bemerkungen zum Imperialismusproblem

Von Fritz Sternberg.

Die Leipziger Volkszeitung hat in ihren Nummern vom 10. und 11. Februar zwei Aufsätze von Alfred Braunthal gebracht mit dem Titel: Der Imperialismus und das Schicksal der Arbeitersklasse, zwei Aufsätze, die sich kritisch mit meinem im Maiis-Verlag erschienenen Buch „Der Imperialismus“ auseinandersetzen. In dieser Erwiderung werde ich aus die positiven Darlegungen Braunthals nicht antikritisch eingehen, sondern mich im wesentlichen mit einer Richtigstellung beginnen, und dazu in einem — allerdings zentralen — Punkt noch einmal meinen Standpunkt begründen. Braunthal verkennt völlig die Funktion, die die Theorie der Surplusbevölkerung in meinem System hat. Ich habe nicht einen Augenblick daran gedacht, von diesem „neuen“ Gesichtspunkt die luxemburgische Theorie neu zu begründen, wie mein Kritiker meint, im Gegenteil: Ich habe im Vorwort zu meinem Buche geschrieben („Der Imperialismus“, S. 9):

Doch sie (Rosa Luxemburg) hat zu früh abgedreht, und so hat sie nicht gesehen, daß jeder Stein des Marxischen Boues durch den Talbalken des nichtkapitalistischen Raumes berührt wird, nicht nur die Akkumulation des Kapitals selbst, sondern ebenso die Krise im Kapitalismus, die industrielle Reservearmee, der Arbeitslohn, die Arbeiterbewegung und vor allem die Revolution.“

Und so habe ich versucht zu zeigen, welche Rückwirkung die Durchkapitalisierung des eigenen binnensächsischen noch vor kapitalistisch produzierenden Raumes, wie die Durchkapitalisierung ganzer nichtkapitalistischer Territorien auf die Reservearmee des Mutterlandes haben. Daher ist es absolut irref, wenn Braunthal meint:

Sternberg muss selbst gefühlt haben, daß sein neuer Gesichtspunkt der Surplusbevölkerungstheorie nicht ausreicht, um die Position Rosa Luxemburgs zu lüften.“

Ich habe das nicht „gefühlt“, sondern direkt ausgesprochen, und zwar an einer entscheidenden Stelle meines Buches am Ende des 2. Kapitels, in dem ich zur Theorie der Krise überleite. Dort heißt es („Der Imperialismus“, S. 83):

„Infolge der Verstärkung der Surplusbevölkerung . . . ist der Imperialismus keine zufällige Erscheinung, aber damit noch nicht dem Kapitalismus immanent.“

Braunthal ist weiter im Irrtum, wenn er meint, die Rolle, die in meinem System die Surplusbevölkerung spielt, sei eine andere, als die im Marxischen System. Ich habe geschrieben („Der Imperialismus“, S. 16):

„Ich ziehe daher nur die Konsequenz des Marxischen Systems, wenn ich die Sache dahingehend formuliere: Korrelatbegriß des Kapitals ist nicht allein der „reale“ Arbeiter, sondern die Surplusbevölkerung freier Arbeiter.“

Und wie heißt es bei Marx („Das Kapital“ I, S. 598):

„Wenn aber eine Surplusarbeiterpopulation notwendiges Produkt der Akkumulation oder der Entwicklung des Reichthums auf kapitalistischer Grundlage ist, wird diese Überbevölkerung unvergänglich zum Hebel der kapitalistischen Akkumulation, ja zu einer Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise.“ (Von mir hervorgehoben).

Und das sagt Marx nicht an einer leicht zu überschenden Stelle des Kapitals, sondern diese Worte stehen im unmittelbaren Anschluß an die Marxische Feststellung, daß die kapitalistische Produktionsweise ein ihr eigenständiges Populationsgesetz habe, nämlich die relative Überzähligkeit und ihrer Arbeiterüberbevölkerung.

Es ist daher weiter falsch, wenn Braunthal schreibt, die Surplusbevölkerung werde auf zwei Wegen geschaffen: „Entweder durch den technischen Fortschritt, der nach Sternbergs Auffassung mehr Arbeitskräfte freisetzt, als er neu beschäftigt.“ (Sperrung von mir.) Ich sage nicht: technischer Fortschritt, sondern höhere organische Zusammensetzung des Kapitals. Und dies ist nicht meine Aussage, sondern einer der Kapitalisten, der Marxischen Theorie. Ich erinnere an die berühmte Stelle im „Kapital“, die ich auch in meinem Buche zitiert habe („Das Kapital“ I, S. 600):

„Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. Die disponibile Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt, wie die Expansivkraft des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums.“

Ich gehe also mit Marx konform darin, daß die Reservearmee, die Surplusbevölkerung, Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise ist, im Gegentheil zu Braunthal, der meint, daß kapitalistische Ausbeutung ohne das Vorhandensein einer Surplusbevölkerung denbar ist. Wenn ich trotz alledem der Analyse der Surplusbevölkerung ein ganzes Kapitel gewidmet habe, so hat das folgenden Grund. Im „reinen“ Kapitalismus wächst die industrielle Reservearmee ständig, und damit treten die Konsequenzen ein, die Marx an der eben erwähnten Stelle in unmittelbarem Anschluß zeigt: die Arbeitersklasse vereindet. Aber wir haben vor allem in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts erlebt, daß die industrielle Reservearmee nicht wuchs, daß die Arbeiterschaft nicht vereindete, sondern daß das Lohnniveau allenthalben stieg, in England wie in Deutschland, in Frankreich wie in den Vereinigten Staaten von Amerika. Das ist in G. nicht zu erklären, wenn man nicht berücksichtigt, daß gerade in dieser Epoche der imperialistische Vorstoß eingesetzt, der auf einem komplizierten Wege, wie ich in meinem Buche zu zeigen versuchte, die Verstärkung der Reservearmee für längere Zeiträume verhinderte und so der Arbeiterschaft die Möglichkeit gab, im Kampfe mit der kapitalistischen Klasse sich günstigere Lohnbedingungen zu eringen. Meine beiden

ersten Kapitel sind dem Problem gewidmet, den ökonomischen Mechanismus aufzuweichen, der diese starken Lohnhöhungen möglich gemacht hat, und daher ist es geradezu absurd, wenn Braunthal schreibt:

„Sternberg bleibt in der nativen Auffassung stehen, daß jede Lohnhöhung den Mehrwert des Kapitalisten verringert und schließlich aufzehren muß.“

Mein ganzes Buch besagt das genaue Gegenteil; denn ich betone an hundert Stellen, daß zur Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses nicht notwendig ist, daß die Arbeiterschaft auf den nächsten Reproduktionsosten stehe, doch die kapitalistische Produktionsweise lange Zeiträume erlebt hat, und mancherorts noch heute erlebt, in der die Arbeiterschaft mittlerständiges Niveau erreichte. (Siehe u. a. „Der Imperialismus“, S. 65). *

Ich komme zum zweiten Problem, das Braunthal in seiner Kritik anscheinet, zum Problem der Krise, zum Problem der in leichter Zeit so oft erörterten Schemata des II. Bandes des „Kapital“. Hier hat sich mein Kritiker die Sache außerordentlich leicht gemacht. In dem ersten Marxischen Schematische Beispiel ist ein volliger Austausch zwischen den beiden großen Abteilungen der Produktion, der Produktionsmittelindustrie und der Konsummittelindustrie, nur dann möglich, wenn die Besitzer der Konsummittelindustrie ihren Mehrwert akkumulieren, wie die Besitzer der Produktionsmittelindustrie. Ich habe dazu in meinem Buche gesagt, daß dies eine ganz willkürliche Voraussetzung ist; denn es kann zwar nicht bestätigt werden, daß die Rate der Akkumulation in manchen Industriezweigen verschieden ist, aber es müssen die Industrien, in denen weniger totes Kapital aufgespeichert ist, die also eine geringere organische Zusammensetzung des Kapitals haben, in maßgeblicher Proportion dazu geringer akkumulieren. Es braucht nicht näher dargelegt zu werden, daß diese mathematische Proportion nicht besteht, und daher hat sich auch mein Kritiker von Rosa Luxemburg mit dieser Aussicht begnügt, weder Otto Bauer noch Bucharin, wenn er Braunthal weiter schreibt:

„Der eiserne Preis- und Marktmechanismus kann diese Verschiedenheit (der Akkumulationsraten) — notfalls durch periodische Krisen — genau so erwingen, wie er die Einhaltung aller Wirtschaftsgesetze in der kapitalistischen Wirtschaft erzwingt.“ So ist dazu nur zu sagen, daß er im „reinen“ Kapitalismus nicht durch periodische Krisen erzwungen werden kann, sondern durch Krise in Permanenz, die zur Gesetzmäßigkeit, die zur Krise geführt hat, auch unmittelbar nach der Krise weiter wirkt. Denn für den „reinen“ Kapitalismus besteht folgendes unlösbares Problem, auf das Braunthal leider mit seinem Wort eingegangen ist. Das Marxische Schema ist ein erstes Schema, das er nicht weiter ausgebaut hat, da ihm der Tod die Feder aus der Hand gerissen; in diesem Schema wird nun mit einer Voraussetzung gearbeitet, die nach dem Marxischen System selbst absolut unmöglich ist: es wird angenommen, daß, wenn der Mehrwert akkumuliert wird, sich dadurch an der organischen Zusammensetzung nichts ändert. In Wirklichkeit ist es eine Selbstverständlichkeit, daß durch neue Akkumulation sich die organische Zusammensetzung des Kapitals erhöht. Führt man aber diesen Gedankengang in die Analyse des Schemas ein, so ergibt sich mit zwangsläufiger Notwendigkeit, wenn überhaupt ein volliger Austausch zwischen den beiden großen Abteilungen der Produktion möglich sein soll, daß die Kapitalisten in der Abteilung der Konsummittelindustrie ihren persönlichen Konsum ständig erhöhen, ihre Akkumulationsrate ständig verringern müssen. Ich sage daher in meinem „Imperialismus“ als Ergebnis der Analyse der Marxischen Schemata (Der Imperialismus, S. 97):

„Es ergibt sich damit eine völlige Unmöglichkeit. Wenn bei steigender organischer Zusammensetzung des Kapitals ein Austausch beider Abteilungen möglich sein soll, dann müssen entsprechend der Tendenz zu immer höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals die Kapitalisten der Abteilung II — weniger akkumulieren.“

Da aber die Gesetzmäßigkeit der Konkurrenz in der Konsummittelindustrie das nicht zuläßt, ergibt sich dort keils eine Überproduktion, die zur Krise führen muß, und zwar eben nicht wie Braunthal meint, zu einer periodischen Krise, die überwunden werden kann, sondern zur Krise in Permanenz, denn am Tage nach der Krise besteht die Gesetzmäßigkeit ungehemmt weiter, die zur Krise geführt hat.

Prinzipiell weiß ich mich so mit Rosa Luxemburg in der Kritik der Schemata einig, nur daß die Unabschließbarkeit bisher nicht für die gesamte akkumulierte Mehrwertmasse nachgewiesen wurde, sondern nur für einen Bruchteil des zur Akkumulation bestimmten Mehrwerts in der Abteilung der Konsummittelindustrie. Für mich stellt sich jetzt ein weiteres Problem: Wie können die Waren abgelebt werden, die dem sonstigen akkumulierten Mehrwert entsprechen, abgelebt von dem Konsumrest in der Abteilung II — ein Problem, das sich Rosa Luxemburg gar nicht stellen konnte, da sie annahm, daß sich aus ihrer Kritik der Marxischen Schemata bereits die Unabschließbarkeit des gesamten zur Akkumulation bestimmten Mehrwerts ergab. Und auch in der Analyse der einzelnen Punkte bei Behandlung dieses Problems unterscheidet sich mich völlig von Rosa Luxemburg, daher ist es ein großer Irrtum Braunthals, wenn er schreibt:

„Sternberg macht sich auf einem langen komplizierten Umweg aller Argumente Rosa Luxemburgs zu eigen, auch diejenigen, die er selbst als unhalbar und ihre Theorie kompromittierend abgelehnt hatte.“

Kein Wort davon ist richtig; ich habe z. B. in der Frage der Bevölkerungsvermehrung und ihrer Rückwirkung auf die Akkumulation sehr eingehend mit Rosa Luxemburg zu polemisierten gehabt.

Das Problem ist folgendes, wobei wir im weiteren von den Bedingungen des Austausches zwischen Produktionsmittel- und

Konsummittelindustrien absiehen: im „reinen“ Kapitalismus wächst jährlich jährlich die hergestellte Produktionsmenge, während gleichzeitig — sieht das Marxische Bevölkerungsgebot — die industrielle Reservearmee wächst, der Lohn also im besten Fall stabil bleibt kann. Da der persönliche Konsum der Kapitalisten nur absolut wächst, aber relativ im Verhältnis zurückgeht, so bleibt die Frage offen, wer soll die steigende Produktionsmenge kaufen. Wenn die Kapitalisten den Mehrwert in Produktionsmittel einzeln auflegen, so verlagen sie ja nur das Problem, da jedes Produktionsmittel einmal seinen Wert an ein konsumreifes Gut weitergibt. Es kommt also hier lediglich die Bevölkerungsvermehrung in Frage. Aber das hätte annehmen, daß sich die Bevölkerung in einem genauen Verhältnis zur Kapitalakkumulation vermehrt, eine Annahme, die dem gesamten Marxischen System ins Gesicht schlägt. In dem Kapitalismus, in dem wir leben, war die Anpassung des Konsums an die Produktion durch mehrere Faktoren erleichtert; denn zu der natürlichen Bevölkerungsvermehrung gesellten sich die neuen Schichten, die durch den Imperialismus in den kapitalistischen Prozeß einbezogen wurden und es gesellte sich dazu die gesteigerte Kaufkraft der Arbeiterschaft. Da ja, wie im „Imperialismus“ nachgewiesen wurde, die industrielle Reservearmee nicht stieg. Im „reinen“ Kapitalismus ergibt sich daraus ein neues Krisenelement, das im „reinen“ Kapitalismus eben wieder permanent zur Krise führt, dessen Vermanenz aber im Imperialismus aufgehoben ist. An dieser Stelle zeigt sich mit plastischer Deutlichkeit die Verknüpfung der Probleme der Reservearmee und des Lohnes, die in meinen ersten beiden Kapiteln behandelt wurden, mit denen der Krise.

*
Ich beschränke mich auf diese Feststellung zur ökonomischen Theorie; denn von meinen politischen Ausführungen sagt Braunthal selbst: „Man kann sich der zwingenden und in sich geschlossenen Beweisführung Sternbergs kaum entziehen, wenn man einmal ihre Voraussetzungen erkannt hat.“

50 prozentige Erhöhung des Zuckerzolls.

Dem Reichstag dürfte — wie der „Sax. Pressebrief“ erzählt — demandiert eine Vorlage zugehen, die eine 50 prozentige Erhöhung des Zuckerzolls vorsieht. Voraussichtlich wird der Entwurf noch im Juni vor den Reichstag kommen, da die Rübenernte unter allen Umständen schon vor Beginn der diesjährigen Zuckerkampagne der Reichsfinanzminister sich angesichts der geplanten Zollerhöhung mit einer entsprechenden Erhöhung der Zuckerzusteuer einverstanden erklären wird, steht noch nicht fest. Gegenwärtig wird diese Frage von den zuständigen Stellen noch erörtert.

Jahresabschluß der Freiheit Schulz A.-G.

Die chemische Fabrik Fritz Schulz A.-G. in Leipzig hatte für 1925/7 Procent Dividende ausgeschüttet. Diesmal liegt sie ihre Aktionäre ganzlich leer ausgehen. Der Reingewinn ist von 340 480 Mark auf 38 000 Mark im Jahre 1926 gesunken. Dieser Rückgang des Profits wird auf die schlechten Wirtschaftsverhältnisse, besonders auf die geringe Kaufkraft der Bevölkerung, zurückgeführt. Es kann nicht bestritten werden, daß die allgemeine Kaufkraft einen sehr niedrigen Stand hatte und heute noch hat. Es hat aber doch den Anschein, daß der bislang niedrige Reingewinn so klein erscheint, nicht weil ein wirklicher Rückgang des Profits vorliegt, sondern weil vom Gewinn die großen Ausgaben für die neu errichteten Zweigstellen in Danzig und Zuglawien abgesetzt worden sind. Der Wert dieser neuen Betriebe tritt in der Bilanz überhaupt nicht in die Erscheinung, offenbar ist er als stillschweigend abgeschrieben worden. Im übrigen bietet der Jahresabschluß keineswegs ein ungünstiges Bild. Die Schulden haben sich zwar von 350 000 auf 550 000 Mark vermehrt, sie sind aber allein durch Fortsetzung in fast dreifacher Höhe gebildet. Die finanzielle Lage der Gesellschaft ist also nach wie vor glänzend.

Rundfunkprogramm

Montag, den 28. April. Wirtschaft. Siehe Montag. Unterhaltung und Belohnung. 10.05 Uhr: Berichtsfunk und Wetterdienst. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Worauswahl (Deutsch und Esperanto). 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hufeisen-Tribüne. 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Röhrendorf. 16.30—17.30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 17.30—18 Uhr: Frauenjung. Frau Anna Jabel: „Fröbels Werk“. (Zu seinem 145. Geburtstage.) 18.05—18.30 Uhr: Leipziger aus den Neuerhebungen auf dem Büchermärkt. 18.30—18.55 Uhr: Deutsche Welle. Berlin. G. von Esler und C. M. Alster: Spanisch für Anfänger. 19.—19.30 Uhr: Ing. P. Rose-Plauen i. B.: „Großkraftwerk und Fernstromversorgung“. (Mit besonderer Berücksichtigung der mittelddeutschen Verhältnisse.) 19.30—20 Uhr: „Die Gasversorgung“. 1. Vortrag: Ing. A. Dinger: „Die geschichtliche Entwicklung.“ 20 Uhr: Weitervorlesung und Zeitzeichen. 20.15 Uhr: Gefest und Geistes und Seiteres von der Schulbank. Mitwirkende: Wilhelm Engst vom Alten Theater (Rezitationen) und ein Kinderchor. Leitung: Friederike Sammler. 22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22.15 bis 24 Uhr: Tanzmusik. Das Mohner-Orchester.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte: Heute: Deutsches Beefsteak mit Kartoffelpfanne 750 — Morgen: Gefüllter Weißkohl 903

KLEINER ANZEIGER

Stellenangebote

Schlosser

zugl. Dreher, mögl. a. Zinkschleifmaschine für graph. Gewerbe

sof. gesucht. Off. u. L. 33 a. d. Exped. dieses Blattes, Teuchauer Straße 19/21

Verkäufe

Bon Herrschaften wenig getragene Serr.-Garderobe billig zu verkaufen. Borckhauserstr. 12, 2. Ein- u. Verkaufsgesch.

Auf Kredit Solas Chatolongues mit 5 Mark Abholung. Scherbel Grimmaische Str. 20. Rathenaustr. 20.

Sportklappwagen von 40 Mk an. Klappwagen von Mk. 17.50 an. Puppenwagen Fett. sofort. Mitt. Eiserstr. 46, 1.

Geb. Gartenmöbel kaufen jetzt bill. bei Weltex Leo Geraer Straße 6.

Zahlungserleichterung!



Bettfedern, Bettdecken, Chaiselongues, Decken, Schränke, Schlafzimmer kaufen man bei größter Auswahl reell, solid u. preiswert im Bettenspez-Geschäft

Kinderwagen

von 40 Mk an. Klappwagen von Mk. 17.50 an. Puppenwagen Fett. sofort. Mitt. Eiserstr. 46, 1.

Bettfeder-Reinigung Vorsicht! Auf Hausnummer und Firma „Lissia“ achten!

Geb. Gartenmöbel kaufen jetzt bill. bei Weltex Leo Geraer Straße 6.

Feierabend...

so ist doch etwas Feines um die erste

ÖBERST

5.8
nach heiser Arbeit.



Waldorf-Victoria Zigarettenfabrik A.G.

Torn-Anzüge

Titel „König Goldfink“

Kinder 105
6-8 Jahre 1

Kinder 225
8-10 Jahre 2

Kinder 245
10-12 Jahre 2

Kinder 270
12-14 Jahre 2

Damen ab 295

Turn- und Sport-

Hosen und 110

Sweater

105

Wäsche-Blum

Rechts. - Handtuch

Herren - Halbschuh (Rahmenarbeit) mit Seitenschürzung